

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Beistellgeld, bei Zustellung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigeklappte Zeitzeile oder deren Raum 15 fl. — Postkatalog Nr. 2700.

Nebaktion und Expedition: Hamburg, Postvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Zuhal: „Moderne Arbeiterbewegung.“ „Gemeinsame Arbeit“ — Wirtschaftlich-soziale Auswirkungen, Grundstückswucher und Reichsreformen. Die zünftlerischen Organe. Das französische Arbeitssekretariat. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aus: Österreich. Aus Amerika. — Situationsberichte. — Eingeladene. — Gerichts-Chronik. — Unfallversicherung. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

„Moderne Arbeiterbewegung.“

Der „Gewerlverein“ des Herrn Dr. Max Hirsch, das Organ des Verbandes der „Deutschen Gewerbevereine“, empfindet von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, seinen Lesern in der ihm eigentümlichen Weise die „Wahrheit“ über die unter dem Banner der Sozialdemokratie kämpfende Arbeiterschaft zu sagen. In seiner Nr. 3 vom 15. d. M. bringt er einen, „Moderne Arbeiterbewegung“ überschriebenen, diesem Zweck dienenden Artikel.

Derselbe beginnt wie folgt:

„Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung hat sich bekanntlich noch die Sonderbezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ beigelegt. Was damit beabsichtigt wird, ist klar ersichtlich. Wie die Partei in rein politischen Dingen an Grobmanssucht und Selbstüberhebung krankt und leichthin ihr Programm als das alleinige rein wissenschaftliche preist, so will sie auch in gewerkschaftlicher Beziehung durch die Bezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ zum Ausdruck bringen, daß sie allein die zeitgemäßen Grundsätze und Organisationsformen besitzt. Auch hierbei wird sie von derselben, wohl nur schwer heilbaren Krankheit der Selbstüberhebung befallen. Schlanktweg mit der ihr eigenen Unverfrorenheit behauptet sie, alle der modernen Arbeiterbewegung fernstehenden Arbeiter sind entweder keine Arbeiter oder es fehlt ihnen an Ziel- und Klassenbewußtsein.“

Wie Federmann weiß, hat die Partei aber trotzdem es fertig gebracht, das „allein richtige Programm“ auf einmal für unrichtig zu erklären, und ein neues in wenigen Augenblicken, sozusagen mit dem Hut auf dem Kopfe, vom Parteitag beschließen lassen.“

Wenn jemals eine politische Partei den Vorwurf verdient hat, sie leide an Grobmanssucht, Selbstüberhebung, Unverfrorenheit und Leichtfertigkeit in der Beurtheilung prinzipieller Dinge, so ganz gewiß die Partei, der Herr Dr. Max Hirsch und die übrigen Leiter der „Harmonie-Politik“ angehören, die Partei des extremen Manchesterthums, welche früher „fortschrittlich“ sich nannte und seit einigen Jahren die Bezeichnung „deutsch-freisinnige“ führt. Diese Partei hat ihrer Grobmanssucht und Selbstüberhebung von jeher alle vernünftigen politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, welche den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechen, gepflegt. Und nichts ist ihr so sehr verhaft, als die selbstständige politische und wirtschaftliche Aktion der Arbeiter.

Der Sozialdemokratie ist es noch niemals eingefallen, ihr Programm als das „rein wissenschaftliche“ also keiner Verbesserung fähige, zu preisen. Sie hat stets, und besonders scharf an-

lässlich der Berathungen über das auf dem Erfurter Parteitag beschlossene neue Programm, erklärt, daß es für sie kein Dogma, keinen „papierenen Papst“ gebe; daß das Programm sich den Fortschritten der Wissenschaft, sowie den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ereignissen habe; daß es nicht unmöglich sei, ein für alle Zukunft gültiges „rein wissenschaftliches“ Programm zu schaffen.

Es kommt nur darauf an, daß das Programm rechnet mit der jeweiligen Höhe der Wissenschaft. Unter dieser Voraussetzung ist es dann immer in der That ein rein wissenschaftliches. Und die Arbeiterbewegung, welche ihm huldigt, ist mit vollem Rechte als die moderne zu bezeichnen. Nicht minder richtig ist es, den die Arbeiterbewegung fernstehenden Arbeitern Mangel an Ziel- und Klassenbewußtsein beizumessen. Darauf kann die Unverfrorenheit des „Gewerlverein“ nichts an-

tischer Gesinnung die Bugehörigkeit zu ihren Organisationen versagen. Eine brutale Un- duldsamkeit, als sie die Harmonie-Apostel üben, ist schwerlich denbar.

Es ist geradezu eine bewußte Unwahrheit, also eine Lüge, wenn da behauptet wird, die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine seien als unpolitische sogenannte Berufsvereine entstanden. Sie verdanken ihre Entstehung lediglich politischen Gründen, der ehemaligen Fortschrittspartei. Als die selbstständige Arbeiterbewegung in Deutschland begann, wollten die Gründer jener Partei ein Gegengewicht schaffen und zugleich verhindern, die Arbeiter den politischen Interessen derselben dienstbar zu machen. Diesem Zweck, und keinem andern, sollten die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine dienen, und zu diesem Zweck sind sie ja auch oft genug gegen die Interessen der Arbeiter missbraucht worden. Die sogenannte „Berufs“-Organisation nach „englischem Muster“ war nur ein Vorwand, das Mittel, die Arbeiter über den wirklichen Charakter des Unternehmens zu täuschen, sie für die politischen Komödien der sogenannten „Fortschrittspartei“ als Statisten einzufangen. Allerdings haben die Herren Dr. Max Hirsch und Genossen damit kein Glück gehabt. Die „moderne Arbeiterbewegung“ hat ihre Absichten vereitelt, und deshalb sind sie auf dieselbe ganz besonders schlecht zu sprechen. Daß ihre Vereinsspielerei durchschaute wurde von den Arbeitern, können sie freilich nicht verzweiten, um so weniger, als sie sich nicht bewußt sind, daß der Spott, der sich über sie ergibt, ein wohlverdienter ist.

Mögen doch die Gewerbevereinmänner ihr vorgebliches „älteres Besitzrecht“ auf die Arbeiterorganisation und deren Formen mal nachzuweisen versuchen. Das können sie nicht. Ihre Gründungen sind ja nichts anderes als eine Nachafflung englischer Organisationsformen, wobei für den Geiste dieser Organisationen, dem Charakter derselben als Koalitionen zum Kampfe wider das Kapital, allerdings keine Achtung erwiesen haben. Denn was sie unter der Bezeichnung „Gewerlverein“ nach „englischem Muster“ gründeten, das sollte ja nichts anderes sein und ist erfahrungsgemäß niemals etwas anderes gewesen, als eine Schule der Harmonie-duselei, die dazu bestimmt ist, die Arbeiter von selbstständiger energischer Initiative für ihre gute Sache abzuhalten.

Weiter möchten wir folgende Neuherzung des „Gewerlverein“ niedriger hängen: „Bisher verstanden die Sozialdemokraten es meisterhaft, die Bezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ als eine Hülle zu benutzen, die in den Fachvereinen wohlbestallte politische Agitation zu bedecken; sie nannten jeden einen Denunzianten, der behauptete, die moderne Arbeiterbewegung sei der Deckmantel für die sozialdemokratische Propaganda, und jetzt, wo sich ihnen die Buchdrucker angeschlossen haben, erklären sie selbst in ihrem „Vorwärts“, daß „moderne Arbeiterbewegung“ gleichbedeutend ist mit Sozialdemokratie! Was bisher bestritten wurde, ist damit zugestanden, die Fachvereine sind sozialistisch.“

Das ist nie bestritten worden! Wohl aber und mit Recht hat die Sozialdemokratie die auch vom „Gewerlverein“ so oft geliebte ebenso

Dieser letzteren albernen Behauptung gegenüber wollen wir nur daran erinnern, daß die „Duldsamkeit“ der Gewerbevereinmänner so weit geht, daß sie Arbeitern mit sozialdemokra-

dumme wie insame Denunziation zurückgewiesen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen als „Deckmantel für die sozialdemokratische Propaganda“ benutzt würden. Das sind diese Organisationen nie gewesen und können es ihrer Natur nach auch garnicht sein. Wenn sie unter der zwölftägigen Herrschaft des Sozialisten gesetzes sich hätten, um der polizeilichen Unterdrückung zu entgehen, sogenannten „gemeinschaftlichen“ Bestrebungen offen zu huldigen, so folgten sie lediglich einem Gebote der Stolzigkeit. Und wenn sie erklären, daß es ihre Aufgabe ist, den zunächst liegenden wirtschaftlichen bzw. gewerblichen Bedürfnissen der Arbeiter Nachnung zu tragen, und wenn sie diese Aufgabe im sozialistischen statt, wie die Herren Dr. Hirsch und Genossen es wünschen, im deutschfreisinnigen Geiste erfüllen, so dienen sie sicherlich nicht als Deckmantel. Wenn eine gewerkschaftliche Organisation durchaus oder vorwiegend aus Sozialdemokraten besteht, so ist es selbstverständlich, daß der sozialistische Geist in ihr dominieren wird. Aber deshalb trifft auf sie noch lange nicht die elende Denunziation des „Gewerbeverein“ zu, daß die Fachvereine die „Hüller“ sind für „wohlbestallte politische Agitation.“ Dazu haben die sozialdemokratischen Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Organisationen nicht nötig.

Also, verehrter „Gewerbeverein“, Denunziant ist Denunziant nach wie vor!

„Gemeinsame Arbeit.“

Unter dieser Überschrift bringt der national-liberale „Hannoversche Courier“ einen Artikel über die gewerblichen Schiedsgerichte, der besonders um bestwillen beachtenswert ist, weil er in einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmen gipfelt. Es heißt da:

Bon der schon durch die Gewerbeordnung von 1869 den Gemeinden gewährten Befugnis, die Entscheidung gewisser Streitigkeiten zwischen gewerblichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewerblichen Schiedsgerichten zu übertragen, welche durch die Gemeindebehörde unter gleichmäßiger Ausfertigung von Arbeitsgebern und Arbeitnehmern zu bilden sind und als erste Instanz an Stelle der Gemeindebehörden treten, ist im Ganzen wenig Gebrauch gehabt worden. Zum Theil wird dieses darauf zurückzuführen sein, daß die Urtheile dieser, zur Beerdigung der Benger und Schäverhandlungen sowie zur Abnahme von Parteien nicht zulässigen Schiedsgerichte, stets der Berufung unterworfen sind und ein bestimmtes Verfahren nicht vorgeschrieben war, zum Theil aber auch darauf, daß ein gewisses Misstrauen gegen die Anziehung von Arbeitnehmern herrschte. In der Provinz Hannover haben nur einige Osnabrückische Städte von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, unter Anderem Osnabrück während der zweiten Amtsführung des damaligen Oberbürgermeisters Miguel Koch zuverlässige Nachrichten hat dort die Mitwirkung von Arbeitnehmern, welche freilich nicht von diesen, sondern von dem Magistrat und von den Bürgermeistern erwartet werden, sich vollkommen bewährt und das Ansangs hier und da gehegte Misstrauen in keiner Weise gerechtfertigt.

Wie weiter geht das am 1. April 1891 in Kraft getretene Gesetz über Gewerbeberichte, welches diesen Gerichten bei gleichmäßiger Zusammensetzung aus je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem rechtstümlichen Vorsitzenden nicht nur die Entscheidung in letzter Instanz in Sachen bis zum Werthe von 4.100 überläßt, sondern auch die Wahl der Beisitzer den Arbeitgebern und Arbeitnehmern überläßt, anderer wider wesentliche Punkte nicht zu gebieten. Auch die Errichtung dieser Gewerbeberichte ist im Wesentlichen der freien Entschließung der Gemeinden und weiteren kommunalen Verbänden überlassen.

Als jetzt ist von dieser Befugnis wenig Gebrauch gemacht, obgleich in der Provinz Hannover die Haupt- und Kleinstädte mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Es scheint auch hierbei ein Misstrauen gegen die Mitwirkung freier gewählter Arbeitnehmer bestimmt zu sein. Um so erstaunlicher ist es, daß nach durchaus zuverlässigen Nachrichten in dem Stadt-Hannoverschen Gewerbebericht die frei gewählten Arbeitnehmer als Berichtsmitglieder, obgleich teilweise der sozialdemokratischen Richtung angehörig, allen billigen Ansprüchen genügen und als unbefangene Richter sich be-

währt haben. Auch hierbei bestätigt sich die Erfahrung, daß gemeinsame Arbeit selbst von solchen Persönlichkeiten, welche auf anderem Gebiete Gegner sind, zum Wohle der Gemeinschaft vertritten werden kann und in gewissen Grade eine verbindende Wirkung übt. Wir geben deshalb der Hoffnung uns hin, daß auch andere größere Stadtgemeinden und kommunale Verbände dem Beispiel Hannovers nachfolgen werden.

Man wird sich erinnern, daß auch in der Provinz Hannover viele städtische Behörden die Errichtung von Gewerbeberichten mit der Motivierung abgelehnt haben, daß diese Einrichtung doch nur einen „Tummelpunkt“ für die „gemeingeschäftlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie abgeben werden. Handels- und Gewerbeamter haben mit derselben Motivierung sich gegen die Errichtung der Gewerbeberichte ausgesprochen. Jetzt müssen alle diese Körperbehörden sich vom national-liberalen „Hannoverschen Courier“ eines Besseren belehren lassen. Sowohl die vorste Wahlheit sagt das Blatt noch nicht. Die dem Hannoverschen Gewerbebericht angehörenden Arbeiter gehörten nicht „herrschaftlich“, sondern sämmtlich der sozialdemokratischen Richtung an. Und nicht „obgleich“ dies der Fall haben sie sich als unbefangene Richter bewahrt, sondern weil sie Sozialdemokratie sind, aufgelaerte, verständig und gerecht denkende Männer, die man in den Kreisen der industriellen, sogenannten „arigen“ und „gutgesinnten“ Arbeiterschaft neuwollt finden wird. Sozialdemokrat muss der Arbeiter sein, der als Vertreter der Arbeitersinteressen im Gewerbebericht eine gute Thätigkeit enthalten will. Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter trachten nicht vor der Unternehmerschaft, sondern derselben keine unberichtigten Klagestellungen. Und doch sieht sich das national-liberale Blatt genötigt, zu rütteln: daß diese Arbeitervertreter sich völlig in den bewährten haben, und daß das gegen sie gehegte Misstrauen in keiner Weise gerechtfertigt sei.

Dieses Geständnis von solcher Seite ist etwas wert. Wie das Blatt hervorhebt, sind eine große Anzahl Provinzstädte dem guten Beispiel Hannovers nicht gefolgt und haben bis jetzt ein Gewerbebericht auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1890 nicht errichtet. Vergeblich haben die Arbeiter in Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Alsfeld und anderen Orten Beratungen abgehalten, in denen sie die Errichtung der Gewerbeberichte verlangten. Vergeblich haben sie an die städtischen Behörden Eingaben gemacht, in denen sie die Beschlüsse der Versammlung mittheilten.

Die Antwort der städtischen Behörden war eine ablehnende.

Der Magistrat zu Göttingen trat nicht einmal erst mit dem Bürgermeister-Kollegium wegen der überreichten Eingabe in Verhandlung – Nept hat er ein Gewerbebericht nach dem alten System eingesetzt; das neue Gesetz scheint für den Magistrat von Göttingen nicht zu existieren! Be schwerden an die Landesregierungshandlung sind wirkungslos.

Auf den Harburger Arbeitern ist es gelungen,

den Widerstand der städtischen Behörden zu brechen und die Errichtung eines Gewerbeberichts auf dem Befreiungswege durchzusetzen. Da die Magistrate in Göttingen, Hildesheim u. nationalliberal sind, so werden sie offensichtlich durch die Leistung des „Hannoverschen Couriers“ auf bessere Gedanken gebracht.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Die Zünftler. In einem „Eingesandten“ in der „Baugewerks-Zeitung“ gibt Herr Otto Roth, Namslau (Schlesien) folgender Meinung Ausdruck:

Nachdem im Reichstage unsere Hoffnungen auf Biedererfüllung der obligatorischen Prüfungen so gut wie zu Grabe getragen worden sind, wäre es immerhin unslug, wenn einzelne Innungen eingehen möchten, das würde so wenig Erfolg haben und die Lage so wenig ändern, wie etwa das Fehlen eines Sternsteins am Himmel uns nicht auftun würde. Aber wenn wir verehrte Herren Kollegen, nach normalen Versuchen nichts erreichen, und wenn uns die Regierung alle Hoffnungen auf Besserung raubt, dann stimme auch ich dafür, durch Beschluss des Deutschen Innungsverbands eine Innungen aufzulösen, dann fort mit Meister, Geselle und Lehrling, dem Ideal des deutschen Handwerks; denn idrake Bestrebungen kann man es doch nur nennen, wenn wir seit über 20 Jahren Einrichtungen aufrecht erhalten haben, die in anderer Form weniger mühselig und den Behörden gegenüber weniger verständlich zu sein brauchten, wie es die alten ehrenwerten Innungen waren.“

Wenn die Herren Zünftler doch nur den Idealismus aus dem Spiele lassen möchten, wo sich’s für sie um rein materielle Interessen, um ein förmliches Gewerbspolygrium handelt.

* Der Arbeiter-Wahlverein von Cambridge England hat ein Programm aufgestellt, wonachmehr er Folgendes anstrebt:

Die Verstaatlichung des Bodens, der Mieten und des königlichen Besitzes;

eine gesetzlich garantirende arbeitsfähige Arbeitszeit für allschwere, gefährliche, gefundheitsgefährliche, gewerbliche Arbeit. Mindestlohn für alle Arbeiten, ausgeführt von oder für Königliche und städtische Behörden;

Absehung der Fabrikgesetze (Inspektion) auf alle Werkstätten, wo Arbeiter beschäftigt werden; Gewährung einer genügenden Staatspension an Alter und Arbeitsunfähige; gleidet, geheimes Wahlrecht und Einführung der Wahlplakat. Zahlung von Bütteln an die Abgeordneten; Erleichterung der Wahlkosten aus Staatsmitteln; fürzere Legislaturperioden – der Wahltag ist zu einem Feiertag erklärt;

Erhebung des House of Lords (des Oberhauses) und aller erblichen Ehrenämter.

Grundstücksruhe und Reichsreformen.

Die Berliner „Volks-Zeitung“ äußert zu diesem Thema folgende Ansicht:

Gewiß ist es kein schönes Schauspiel, wenn bebante und unbekannte Grundstücke durch fragwürdige Mittel und nur, um die Differenz einzutreiben, mühsam aufgelöst und nach kurzer Zeit mit ungeheurem Nutzen weitergegeben werden – ein Bild arbeitsloser Verreicherung, das nur der wütsten Profitlust und der Eigentumsgeist gegen die bestehende Ordnung geflossen kann. Gewiß sollte darum durch Gesetz und Sittes alles angeboten werden, um solche Vorgänge möglichst zu erschweren; namentlich müßte der bisherigen Steuerfreiheit unbewohnter Baustädte baldigst ein Ende gemacht werden. Fristlos sucht mit der Patente nach immer neuen Steuerquellen, während hier liegt eine ausgezeichnete Quelle zu Tage, durch welche nicht lästiges Arbeitseinkommen, sondern die Spekulation auf mühseligen Massegewinn zu den Staatslasten herangezogen wurde.

Aber falls – grundsätzlich ist es, den Grundstücks- und Baustellerverleih, um allein ein als „Wucher“ zu bezeichnen, mit der offenen oder verdeckten Motivierung, daß hierdurch allein oder hauptsächlich die höheren Mieten, besonders der mittleren und kleineren Wohnungen, und damit die schämmende Ausbeutungen der Arbeiter verschuldet würden. Die elementaren, gerade in diesen Punkten auch von den Sozialisten anerkannten Lehren der Nationalautonomie widerlegen diese Behauptung als Trugschluß. Wie die Grundrente überhaupt, so entsteht und wächst speziell auch die Grundrente von Haus und Bauplätzen lediglich durch den Unterschied der Erträge von neuem bezüglich wertvoller und minder guten, aber für den Bedarf noch erforderlichen Grundstücken. Dieser Unterschied existiert nicht in dünnbesiedelten Gegenden und Dörfern, die Differenz, und mit ihr die Grundrente, entsteht und wächst mit der Verdichtung, der Konzentration der Bevölkerung.

„In gewöhnlichen Dörfern gibt es keine Grundrente von Bauplätzen, in kleinen und mittleren Städten ist sie nur gering, bedeutsam, bis zum Niedergang, wird sie erst in den größeren und größten Städten, wo hunderttausende Millionen auf engem Raum Wohnung suchen, und zwar gerade dort, weil sie dort größeres Einkommen und größeren Lebensgenuss zu finden glauben. Der An- drang und Wettbewerb innewohner neuer Scharaen Wohnungsuchender fordert notwendig die Mieten, mit den Mieten wächst die Grundrente, mit der Grundrente die Grundwerts. Auf dieser, in Berlin durch den Zugang von jährlich 50.000 Menschen hervergebrachten Wertsteigerung beruht die Grundstückspekulation. Zur Hauptfläche verurteilt nicht die Spekulation die höheren Mieten, sondern die höheren Mieten reizen zur Spekulation und bringen ihr die Gewinne. Der Grundstücksverleih schafft nicht andere Renditen, sondern nur andere Renditemöglichkeiten – oder glaubt man vielleicht, daß die alten Verleihen durch die Konjunktur gebotene Mieten, in der Regel nicht ebenso mitnehmen, wie die neuen Gewerber? Wenn aber die Miethe infolge wirtschaftlicher oder politischer Depression nicht mehr steigen oder gar fallen – und auch in Berlin und Umgegend ist das befürchtet – dann bringt selbst die mächtigste Grundstückspekulation nicht die sprudelnden Kolossalgewinne, sondern Kolossalverluste. Von leichten Verlusten freilich die ganz- und Halbspezialisten nicht zu sprechen.“

Und davon „sprechen“ sie auch zu sprechen, allerdings nicht im Sinne der „Volks-Zeitung“, sondern die Möglichkeit der Prostitution verleiht dem Grundstücks- und Baustellerverleih den Charakter des Wucher’s und nehmen soll. Der wucherische Charakter dieses Verlehrs wird durch die subtile Unterscheidung, welche die „Volks-Zeitung“ anstellt, nicht ausgehebelt. Es ist ganz überflüssig, darüber zu untersuchen, ob die Spekulation die hohen Mieten voraussetzt, oder ob umgekehrt die hohen Mieten zur Spekulation reizen. Beides ist der Fall. Beides wird zusammen und steht in beständiger Wechselwirkung. Resultat ist, daß der Wohnungsmieter dem Grundstücks- und Baupräzessanten in unerhörter Weise tributpflichtig gemacht wird. Nicht die wachsende Nachfrage nach Grundstücken und Wohnungen infolge des Wachstums der Bevölkerung ist es nämlich, welche die Wertsteigerung hervorbringt, sondern der Umstand, daß Grund und Boden, der immer nur in bestimmter Menge vorhanden ist und nicht vermehrt werden kann, im Privatbesitz sich befindet und Objekt der sroßstofen kapitalistischen Spekulation, gerichtet auf mühselose Bereicherung, ist. Unter der Herrschaft der privatkapitalistischen Interessen kann der Grundstücks-, Bauplatz- und Häuserverleih in großen Städten gar nichts Anderes sein, als Wucher, und zwar Wucher der allergrößte eingefährlichsten Art. Das die wucherischen Spekulanzen nach dem Prinzip der freien Konkurrenz sich einander rütteln, daß die Spekulation für den einen oder den Anderen mit Kolossalpreisen endet, ist zu ihrer Rechtfertigung oder Entschuldigung gelind genäht werden.

Im Grunde genommen müssen die tributpflichtigen Mieter sowohl die Gewinne wie die Verluste der Wucherer und Spekulanten tragen. Was der eine Spekulant verliest, hat ein anderer gewonnen, und läßt sich

wird, doch Alles was zur Berechtigung dieser Herren aus dem Volle herausgeschunden.

Mächtiger urtheilt die "Volks-Zeitung" in der Frage der Mietshäusern: "Bei dieser handelt es sich um die großen nationalen und sozialen Aufgaben: Schutz der physischen und moralischen Gesundheit, vor Allem des Familienlebens! Die vier und mehrstöckigen Mietshäusern mit ihren Seiten- und Hintergebäuden, ihren dunklen, eingelagerten Höfen, ihren Keller- und Dachwohnungen, in denen eng zusammengepfercht Scharen von Menschen jeden Alters und Geschlechts ohne Sonne und Luft, ohne ein ausreichendes, geschweige behagliches Heim vegetieren — solche Mietshäusern sind wahre Verwüste von Menschenleben und Menschenwohl, sind geradezu ein Sog auf das Beßtäler der Humanität und des Fortschritts. Schlimm genug, daß solche Häusermönster, in der Enge überfüllter Fabrik- und Handelshäuser eingerowndert sind. Unerträglich, augen- und heranwidernd ist es aber, solche häusliche Käferhöhlen, ungeheime in weitläufigen Vororten ja oft mitten im Felde zu erblicken, wo die noch weithin leere Fläche die Möglichkeit giebt, einer wachsenden Bevölkerung lichte, lustige und wohlige Wohnstätten zu erbauen.

"Dahs' es auch in nächster Nähe anwachsender Großstädte ähnlich und mit freiem Pribadegrundbesitz ver einbar ist, zeigt vor Allem England, Betrugs, wo leider die Sitten sich nicht, wie dort, Mietshäusern gegen das Mietshäusern erweist, sondern Gegenbegebung, Bevölkerung und freie Genossenschaft energisch zusammenwirken, um solche furchtbare Auswüchse des Wohnungswohns zu verhüten. Zu diesem Zwecke verlangen und billigen wir in erster Reihe auch Bauderlinnen, die ohne agrarische oder sozialistische Nebenzwecke, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und möglichster Schonung der Eigentumsrechte das Interesse der Mietshäusern bekämpfen. Wenn dadurch indirekt auch der Grundstücksverkauf in massvoller, gefürbter Bahnen gesenkt wird, wie dies in der That zu erwarten ist, dann um so besser. Schon lange haben einfache Volksfreunde die ganze Bedeutung der Wohnungsfrage erkannt und Reformen im dagelegten Sinne angestrebt. Es wird Zeit, energetischer als bisher mit den lehrter vorzugehen."

Gewiß, es ist die höchste Zeit! Da sprechen die gewissen "Volksfreunde" so viel über die "Hebung der Sittlichkeit" mit Hilfe der Strafgesetze und der Polizei. Möchten sie einsehen, daß die sittlichen Schäden nicht zum geringsten Theile ihre Ursache in den erbärmlichen Wohnungsvorhängen haben.

"Unsere Leser wissen, daß in den zivilisierten Ländern der Christentum hunderttausende von Familien auf Wohnungen angewiesen sind, worin ein halbwegs gewissenhafter oder aus nur seinen Vorstellungen verhältnisse Besitzer sein Bieb nicht halten möchte. Wohnungen, worin die Pflege der ersten sittlichen und geistlichen Grundlagen würdiger, gelindher, menschlicher, geschweige denn christlicher Lebenshaltung kaum möglich ohne Wunder oder heroismus der Heiligkeit." So schrieb in Jähre 1865 B. A. Huber, der konservative Volkswich, und seine Worte sind heut noch zeitgemäß und zutreffender wie damals. Alle strafrechtlichen und politischen Maßnahmen aber führen nur auf äußere Symptome, ohne den Sinn des Lebels zu treffen. Die Quellen des Dienstwunsens und seiner Begleiterscheinungen sind die sozialen Zustände, die Notlage großer Bevölkerungsklassen und die Verführungen, welche sich auf vielen Gebieten des Lebens abspielen. Wenn in einem Zimmer eine Familie mit mehreren Kindern haust, oder wenn ein kleiner Raum vor mehreren Familien, welche noch männliche und weibliche Schlafgänger haben, ausgefüllt wird, wie kann man sich wundern, daß der dort heranwachsende Jugendjahr Sinn für Zurückhaltung, Ordnung, Sauberkeit, jede Empfindung für Sittlichkeit im engeren Sinne des Wortes obhanden kommt? Die kranke Wohnungsvorhängen treiben nur zu oft den Mann in das Bürthaus und das Weib an die Straße. Die Zusammensetzung zahlreicher Personen jeden Alters und Geschlechts in engen schmälichen Dachböden oder Kellerwohnungen ist eine der ergiebigsten Ursachen der schlimmsten gesellschaftlichen Verirrung. Hier in erster Reihe muß der Hebel angelegt werden, wenn man die Prostitution und ihre Folgen nach Möglichkeit einzudämmen strebt ist.

Dazu, wie überhaupt zur Lösung der Wohnungsfrage — so weit unter den heutigen Verhältnissen möglich erscheint — ist der Erlass eines Reichs- bzw. u. Mietshäusergesetzes erforderlich, worüber wir uns schon einige Mal eingehend ausgesprochen haben.

Die zünftlerischen Organe

sind eifrig an der Arbeit, für den sogenannten "Handwerkerstag", welcher am 14., 15. und 16. Februar in Berlin stattfinden soll, Propaganda zu machen. Hauptpunkte der Tagesordnung sind: Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der sogenannten Handwerkerkonferenz vom 15. Juni 1891; die Förderung des Erfolgsprogramms nachweis und die wünschenswerte Stellung der Innungen z. z. zu der von der Regierung verhethenen "Organisation des Handwerks" (Handwerkerkammer).

Die "Baugewerks-Zeitung" erläutert sich wieder einmal, im Range des "deutschen Handwerks" zu schreiben:

"Die Regierung will das Handwerk mit neuen Gesetzen, welche sich vorläufig noch in nebelhafter Dämmerung halten, begleiten, aber das Handwerk fühlt sich keineswegs dadurch beglückt. Was das Handwerk will, die Erlangung des Besitzergänzungsnachweises, das will die Regierung nicht, und was die Regierung als demnächstiges Geschenk andeutet, die Einführung von Handwerkerkammern, um den darunterliegenden Lehrlingswesen aufzuhören, das will das Handwerk nicht."

D. h. die Kunstmatadoren wollen von dieser Einrichtung nichts wissen, weil sie durch dieselbe den Innungsräum gefährdet sehen. Das Meister-Organ magnt: "Abgen alle Innungs- und Bezirksverbände und recht viele Innungen ihre bevollmächtigten Vertreter an jenen Tagen nach Berlin entsenden, damit alle Welt sehen kann,

dass der deutsche Handwerkerstand für seine Forderungen an die Gesetzgebung einig und ungleich einheitlich ist. Mit Absicht haben gewisse Parteien die Wünsche des Handwerkerstandes als von einer kleinen aber agitatorischen Partei ausgehend dargestellt und die Welt glauben zu machen verflucht, daß hinter jenen Männern noch die deutschen Handwerker stecken. Diesem frivolen (!!) Treiben, dieser wissenschaftlich unwahren Darstellung soll durch den bevorstehenden Handwerkerstag ebenfalls ein Ende gemacht und durch einen präzisen Zahlen gezeigt werden, daß die Handwerkerbewegung alleroft Boden gefunden hat."

Nun, man weiß ja, "wie's gemacht wird", nun mit "imposanter" Zahlen zu glänzen.

Bir sind nur neugierig, zu erfahren, wie die Politiker sich dem "Handwerkerstag" bei den Delegierten gegenüber verhalten wird. Die Innungen und Innungsverbände sollen "bevollmächtigte Vertreter" senden zur Versammlung öffentlicher (politischer) Angelegenheiten. Über zu diesen Zwecken dienten Vereine nicht miteinander in Verbindung treten. Arbeitervereine wenigstens dirigieren das nicht; man läßt sie auf und bestraft ihre Väter, wenn sie das thun, was die Innungen schon so oft gehabt haben und jetzt wieder thun wollen.

Der Innungsausschuß zu Frankfurt a. M. hat sich bekanntlich für "Selbstauskunft" der Innungen ausgesprochen; er, unterbreitet dem "Handwerkerstag" folgenden diesbezüglichen Antrag:

In Erwagung: daß auf Grund der im Namen der Reichsregierung seitens des Staatsministers von Böltner in der Reichstagsitzung vom 24. November v. J. abgegebenen Erklärung ein Entgegenkommen der jetzigen Regierung gegenüber den seit Jahren auf allen Handwerkertagen fest formulierten Wünschen des deutschen Handwerkerstandes in Bezug auf Einführung des gewerblichen Besitzergänzungsnachweises sowie der obligatorischen Innung nicht mehr zu rechnen ist; in schwerer Erwägung:

dass auf Grund der im Namen der Reichsregierung seitens des Staatsministers von Böltner in der Reichstagsitzung vom 24. November v. J. abgegebenen Erklärung ein Entgegenkommen der jetzigen Regierung gegenüber den seit Jahren auf allen Handwerkertagen fest formulierten Wünschen des deutschen Handwerkerstandes in Bezug auf Einführung des gewerblichen Besitzergänzungsnachweises sowie der obligatorischen Innung nicht mehr zu rechnen ist;

dass die freien Innungen erweitertermaßen nicht im Geringsten die Mittel bieten, den Bereich des Handwerkerstandes aufzuhalten; sondern den Innungsmitsgliedern nur schwer zu tragende Lasten und Pflichten auferlegen, welche leider hoch, sehr oft durch die Maßnahmen der aussichtsreichenden Behörden erschwert werden,

beschließt der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerstag:

Den bestehenden freien Innungen die Auflösung zu empfehlen und dafür die Umwandlung derselben in unabhängige Vereine oder Genossenschaften zu veranlassen."

Die Debatte über diesen Antrag dürfte interessant werden.

Das französische Arbeiterssekretariat.

In altertümlicher Zeit wird sich auch in Frankreich ein Arbeiterssekretariat konstituieren. Mit den Schweizerischen hat es freilich nicht viel mehr als den Namen und die Bestimmung der Arbeiterschaft zu teilen, gemein; trotzdem ist es von großer Bedeutung nicht bloss die französische Arbeitersbewegung, sondern auch darüber hinaus, wie dessen Gründung denn eine Folge des letzten internationalen Brüsseler Kongresses ist.

Das neue Institut entspringt ganz der Initiative des Arbeiters und steht der Staat mit Unterstützung in seiner Beziehung. Wie das Schweizerische ist aber auch das französische Arbeiterssekretariat der verbindende Mittelpunkt einer großen Zahl von Organisationen, die sich bisher zum Theil bekämpften. Es wird gebildet aus den Delegirten des Bundes, der Arbeitsbörsen und der verschiedenen Gruppen der Sozialisten und Gewerkschaften (Blanquisten, Mitteranisten, Brouillisten, Marquisen usw.), was allem schon dessen Bedeutung in's Licht setzt. Gerade an dem übergrößen Gruppengenoss und der Zersplitterung litt ja bisher die französische Bewegung.

Der Bund der Arbeitsbörsen besitzt das Recht, vier Vertreter für das Sekretariat zu nominieren, die sechs übrigen Organisationen je zwei Vertreter und jeder Gewerkschaftsbund einen Vertreter. Doch kann Niemand ein Wahlmandat ausübt, also weder ein Abgeordneter, noch ein Gemeinderath, Mitglied des Sekretariates sei, dessen Sitze sich in der Pariser Arbeitsbörse befinden wird, wo es, dringende Fälle ausgenommen, zwei Mal im Monate zu Berathungen zusammentritt. Einzelne Delegirte der verschiedenen Organisationen werden überdrüs abwechselndweise jeden Abend zwei Stunden anwesend und zu sprechen sein.

Die einzelnen Gruppen werden mit dem Sekretär derjenigen Organisationen zu korrespondiren haben, die sie angehören; nicht vertretenen Körperschaften steht die Wahl, mit welchem Sekretär sie korrespondiren wollen, so. Die Sklavenprotokolle werden abwechselnd von den einzelnen Delegirten geführt werden und der jeweilige Sekretär wird die auswärtigen Korrespondenzen zu zeichnen haben. Die Tagesordnungen sowie Beschlüsse des Sekretariats werden in dem offiziellen Organ der Arbeitsbörse, "Bulletin de la Bourse du Travail", veröffentlicht. Ueberdies werden sie den offiziellen Organen der vertretenen Organisation zur Mitteilung gebracht, wie sie auch der Preise im Allgemeinen zur Verfügung gestellt werden können.

Was seine Aufgaben angeht, so wird das Sekretariat alle Nachrichten, statistischen Mitteilungen usw., welche die Arbeitersfrage berühren und für die Organisation und Tätigkeit der Arbeiterschaft von Interesse sind, centralisieren und, wenn hierfür geeignet, publizieren, sowie mit den Arbeiterssekretariaten der übrigen Länder in regelmäßige Korrespondenz treten. Die Kosten werden von den im Sekretariat vertretenen Organisationen getragen, die im Minimum einen monatlichen Beitrag von 10 Fr. zu leisten haben.

Mit Gründung dieser Institution wird die auf dem Brüsseler Kongress begonnene Einigung der verschiedenen

sozialistischen Fraktionen Frankreichs zu einer vollendeten Etablierung und damit auch das Band, das sie mit den Arbeiterparteien der übrigen Länder verbindet, zu einem innigeren werden. Die Solidarität der Arbeiter erhält somit einen Ausdruck und dürfte gute Früchte zeitigen.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Was lehren nun die letzten großen Streiks? Über dieses Thema referierte am 21. d. M. in einer von über 5000 Personen besuchten Volksversammlung in Berlin der Meistertag abgeordnete Bebel. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende von Bebel beantragte Resolution:

"Die Versammlung erklärt: gegenüber dem Bestreben der Unternehmerklasse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, immer tiefer herabzudünnen und die letztere in die vollständigste ökonomische Abhängigkeit von der Unternehmerklasse zu bringen, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft eine Nothwendigkeit.

Da über die gewerkschaftliche Bewegung ihrer Natur nach auf die Verbesserung der Lebens- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft innerhalb der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, so genügt dieselbe nicht, um auch die Verbesserung der Arbeiterschaft aus dem Gefüle des Kapitalismus herbeizuführen.

Dieses ist vielmehr Aufgabe des politischen Kampfes, wie ihm die Sozialdemokratie führt, eines Kampfes, dessen Endziel die Aufhebung des Klassenstaates, die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in genossenschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion ist.

Die Veranullung betrachtet es daher als die Pflicht aller Arbeiters, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und ihre Bestrebungen thätiglich zu unterstützen.

Diese Resolution bereitet uns eine große Erneuerung vor. Wir werden darauf, wie auf das Referat Bebels in nächster Nummer zurückzukommen.

* **Angriffe auf die Arbeitersorganisationen** und das sozialistische Recht der Arbeiters in England. Wer da glaubt, die Zeit der Angriffe auf das Vereinsrecht der Arbeiters in England sei vorüber, hat sich sehr getäuscht. Die Kämpfe, welche die Gewerkschaften der gelesenen Berufe bis 50 und 60 Jahren für das Recht der Koalition zu bestehen hatten, leben heute wieder in gleicher Form für die ungelehrten und weiblichen Arbeiter.

Entlassungen und Ausschließungen von Mitgliedern der weiblichen Gewerkschaften sind in letzter Zeit an der Tagesordnung. Am Süden von England, wo die Organisationen nicht so stark sind, wie im Norden, ist gegenwärtig Bullocky, ein Wollwarenfabrikanten, der Schauplatz einer brutalen Ausplünderung. Die große Mehrzahl der Arbeiters von zwei dortigen Fabriken hatte sich der Gasarbeiter- und Allgemeinen Handlanger-Union angeschlossen, um mit der Zeit ihre sehr schlechten Arbeitsbedingungen verbessern zu können. Nicht lange wähnte es, so erklärte die einer der Fabrikanten seinem Arbeitern, daß sie entweder die Union oder seine Arbeit zu verlassen hätten, worauf die armen, physisch und moralisch heruntergekommenen Slaven das Erste wählten. Von diesem Erfolge ermutigt, stellte der andere Fabrikant seine Arbeit und Arbeitersinnen vor die gleiche Alternative, aber nicht mit dem gleichen Resultate.

Seit 4 Wochen halten etwa 300 Männer und Frauen feier zur Fahne der Gewerkschaft und werden auch mit ihr ziegen. Der Sohn war ein so niedriger, daß viele Arbeiters während der Ausplünderung sich besser stellen, mit der Unterstützung von der Union und freiwilligen Sammlungen, als während sie um Sohn arbeiteten. Nun hat aber der Tyrann noch eine Höllewaffe, in dem er einen Arbeitern, welche beinahe ausschließlich seine Häuser bewohnen, die Miete hundert. Nachdem er für Jahre nicht nur die Arbeit seiner Slaven ausbeutet, sondern auch noch von dem Hungerlohn einen Tribut für die Wohlbücher zurückbehalten hat, benötigt er seine Gewalt, um seine Opfer der Winterfalte preiszugeben. Ja, es ist ein schönes Ding, wo die väterliche Fürsorge der wohltätigen Fabrikanten, wenn sie ihren Arbeitern aus lauter Wohlthat Arbeitshauser erbauen. Die Streitleiter haben den Arbeitern den Rath gegeben, einer allfälligen Einführung der Anzeige Widerstand zu leisten, wie die irischen Bäcker seiner Zeit auf Barnetts Rath gethan hatten. Bewundernswert ist die entschlossene Haltung der Frauen und Mädchen. Einmal von der Weisheit einer Idee überzeugt, kämpft die Frau gleich einer Löwin und reift die Männer mit sich. Am Vorabend vor Weihnacht wurde in Plymouth eine Demonstration veranstaltet zu Gunsten der Ausgesetzten. Es war beabsichtigt, im Zentrum der Stadt auf einem öffentlichen Platz einige Redner über den Gegenstand sprechen zu lassen. Ein Arzt eröffnete die Versammlung, indem er in feurigen Worten die Dasein persönlicher Willkür der Unterstützung empfahl. Doch kaum hatte der Hauptredner begonnen, nahm mit schwergewissenem Schritte — die heilige Germanab und löste die Versammlung auf. Es beginnt zu brechen".

In London dauern die Verhaftungen von Rednern, die an sozialistischen Straßenversammlungen sprechen, fort. Letzte Woche waren nicht weniger als 18 solche Unruhestifter vor Gericht. Zwei davon wurden freigelassen; die übrigen wurden zu Gefängnis von 3—8 Wochen und Geldbußen von 50—500 Fr. verurteilt; überdies hatten die beiden Käution zu hinterlegen. Ihr die nächsten zwölf Monate in der Höhe von 500—2500 Fr. Einige der mit 500 Fr. Gebüßen ist Shattard, der vor einem Monat als Kandidat der Sozialdemokratie für die Wahlen des Schulamtes (School Board) in London mehr als 10 000 Stimmen auf sich vereinigte. Diese Gewaltmaßregeln werden ihre erzieherischen Wirkungen nicht verfehlten. Dem guten John Bull, der sich bisher drastisch mit seinem freien England, werben somit die Augen auf.

* Eine Neuerung haben die Gewerkschaften Berns eingeführt. Durch regelmäßige monatliche Sitzungen der

Borlände von ganzen Bränden sollen die vereinigten Borlände von der Betätigung interner gewerkschaftlicher Angelegenheiten bereit werden. So tagten lebhaft die Borlände der Bau und Eisen. Sie beschlossen: 1) Alle Mousé eine Spaltung zu halten; 2) an sämtliche Bauunternehmer ein Gesuch um Verlängerung des Bauernsitzes zu richten; 3) im Verlaufe des Monates Januar eine gewerkschaftliche Versammlung zu veranstalten zur Besprechung des eidgen. Haftpflichtgelegetes. Als Referent ist Herr Rückerschreiber in Aussicht genommen.

Die letzte Vorstandssitzung der Metallbranche fasste den Beschluss, gemeinschaftlich eine Wanderunterkunft einzurichten, um aufzunehmen. Dieselbe hat in erster Linie ein Provisorium zu bestehen, um statistisches Material zu sammeln. Jeder Reisende dieser Branche erhält von Neujahr 1892 an 60 Fr. Unterstützung und ist dieselbe im Bureau des Arbeiterselbstzures zu beziehen. Es wird an der schweizerischen Arbeiterpresse gewünscht, daß die anderen Bränden dieses Beispiel nachahmen, inssofern nicht solche Institute bereits Sache von Gewerkschaften seien.

Des Fernern wurde von den Vertretern der Metallbranche beschlossen, die Gemeindesobörden um die Errichtung von einer Lehrwerkstatt für Schlosser zu ersuchen, wie sie gegenwärtig bei Schuhmacher und Schreiner besteht. Wendant ist die Einschaltung eines Lehrlingsregulatius für die ganze Branche.

Aus Oesterreich.

Die seit Oktober v. J. in vergrößertem Format in Wien erscheinende „Österreichische Bauarbeiter-Zeitung“ konnte in ihrem Neujahrsblatt konstatieren, daß es mit der Bewegung rüdig vorwärts geht.

Die 1. Waisen- und der Bauarbeiterkongress haben Zeugnis davon, daß die Bauarbeiter zu erwarten anfangen. Der Kongress zeigte, daß überall das gleiche Elend herrsche, und daß man überall der gleichen Ansicht sei, nur durch eine starke Organisation in Stande zu sein, dieses Elend theilweise zu lindern. „Wir können mit Zufriedenheit sagen, daß die Organisationsarbeiten sehr vorgeschritten sind, denn es wurde seit dem Kongreß eine Anzahl Bauarbeitergewerkschaften, meist Landesvereine gegründet.“ So haben sich in Wien die Gewerkschaftsvereine der Maler und Kunstmaler, der Maurer und Steinmeyer, der Zimmerer, der Bildhauer und viele andere konstituiert, in Oberösterreich, Steiermark usw. wurden ebenfalls solche Vereine gegründet. Kurzum, überall sehen wir, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch unter den Bauarbeiter rege wird.“

Unser Bruderorganie sagt dann, daß es auch, wie ja leider fast jedes Arbeitgeberat, schwierig zu lämpfen hat. Die materielle Lage der Bauernkultur ist derart, daß ihnen die Bezahlung des geringen Abonnementsbetrags schwer ankommt; man kann also nie auf ein pünktliches Eintreffen derselben rechnen. Andererseits kosten wieder die Konfessionen, welche man mit bestem Willen nicht abwenden kann, denn der Notstift ist unberenkbar; das objektive Verfahren hängt wie ein Damoklesschwert über uns. Die größte Verbreitung des Blattes ist das einzige Mittel, dem Beistand des Blattes zu sichern.

Wir haben bei der Übernahme des Blattes die Bitten ausgesprochen uns durch Mitarbeiterschaft zu unterstützen; dies ist aber nicht geschehen. Die meisten Gelehrten glauben, sie müssten literarische Meisterwerke liefern und schreiben lieber gar nichts, was ein großer Fehler ist. Jeder möge seine Gedanken so gut als möglich niederschreiben, etwaige Verbesserungen können wir immer vornehmen. So über liegt die ganze Last auf einzelne Personen. Es genügt nicht, selbstbewußt auf sein eigenes Wissen hinzuweisen, sondern Jeder ist verpflichtet, seine erworbenen Kenntnisse oder praktischen Erfahrungen auch

Anderen zu Gute-kennen zu lassen.
Nur durch die größte Agitation in Schrift und
Rede kann es uns gelingen, den Indifferenzismus zu
brechen. Die Brutalität der Meister und Partiere, der
Parteiführer und wie die Antreiber alle heißen, wird
nicht so empörendes Formamt annehmen, wenn sie es in
einer organisierten Arbeitsschicht zu thun hätten. Die
Einzelne in eben mächtlos sind diese Machtlosigkeit erzeugt
durch Feindseligkeit, die in Unterwürfigkeit und Schmäle
ausfortet.

Darum ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, um liegt in unserem Interesse, die Indifferenz aufzulösen, sie zum Bewusstsein ihrer Stellung in der heutigen Gesellschaft zu bringen, sie zu unterrichten, wodurch die traurigen Zustände der Gegenwart entstanden sind und ihnen die falschen Vorstellungen zu nehmen, die ihnen von den Trägern der bestehenden und daher betrüfenden Klasse, der Bourgeoisie, tatsächlich eingeredet werden.

"Wir können mit dem Bewußtsein, logisch eingerichtet, über
einketten, unsere Schuldigkeit gethan und redlich gear-
beitet zu haben. Wenn wir auch noch keine greifbar-
Erfolg anweisen können, so müssen wir eben mit d.
Beschäftigung rechnen. Um i. irregularien hausen
eine schlagfertige Arme zu verwandeln, braucht man Zeit.
Wir haben aber die feste Zuversicht, daß es uns gelingt,
werde, die Bauarbeiter einzureihen in die Scharen
klassenbewußten Proletariats, daß sie militärisch werden
für die Befreiung der Menschheit, für die Befreiung d.
Arbeit aus den Fesseln der kapitalistischen Produktion
weise."

Mehrere Grazer Maurer, die Altes wissen
verbüßt in unserem Wiener Bruderorgan folgende:
Alljährlich fordert die Auskunftsanstalt der Unternehmern im Baugewerbe eine große Anzahl Opfer unter den Bauteilnehmern; dazu kann man in den Tagesblättern lesen, daß die Unfälle durch eigenes Verschulden der Arbeiter herbeigeführt würden. Ja, der in jüngster Zeit gefundene Unfall auf dem Neubau der Baumeister-Werber in der Jägermünigasse, bei welchem ein Maurer leicht verwundet und ein zweiter am nächsten Tage den erlittenen Verlebungen starb, wurde vom "Grazer Tagblatt" sogar als absichtlich oder durch die Unvorsichtigkeit der Arbeiter herbeigeführt geschildert: Weber des Parfümier, noch den Baumeister kreßt ein Verschulden, er war mit dem Teufel, die dem Saganerheit kennen, was

Einführung hervorgezogen hat. Wir sind daher gezwungen, den Sachverhalt wahrheitsgetreu an die Gesetzestliche zu bringen. So wie die Steinigungsbretthändler durch die grenzenlose Ausbeutung der Lehrlinge vielfach viel Profit herauszuschlagen wollen; ebenso ist es auch bei den Bau- und Maurermeistern, welcher Umstand auch bei diesen Unfalls die Schuld trugt, und wollen wir Nachstehendes erwähnen: Der wegen seiner Rohheit bei den Grazer Baugewerken wohlbelannte Pariser Füller ließ eine 15 Zentimeter-Mauer von zwei Lehrlingen, ohne Weisung eines Maurers, aufzählen, trocken bei Herstellung einer solchen, die vollste Ausnäherfamkeit eines läufigen Geschäftes notwendig ist, ebenso die Verwendung eines entsprechenden Materials. Die Lehrlinge machten sich, um die Mauer ganz aufzählen zu können, ein 2 Meter hohes Gerüst, wo ebenfalls mit aller Vorsicht vorgegangen werden sollte, damit ein solches Gerüst vor dem schwachen Mauer wegstieß, was aber hier nicht der Fall war. Und nun arbeiteten die Lehrlinge mit aller Hast darauf los, um so schnell als möglich fertig zu werden. Als sie bereits bei der letzten Biegungslücke angelangt waren, fiel die Mauer um, wobei die nebenstehende 30 Zentimeter starke Mauer, welche zugleich die Steigermauer bildete, umgeklungen wurde; dabei verunglückten leider jene Maurer. Zu bemerken ist noch, daß in der 30 Zentimeter-Mauer ein Schlauch aufgestellt und auf Beratung des Pariser Füllers dieselbe so verschwächt wurde, daß sie zu beiden Seiten des Schlauchs nicht 15 Zentimeter, sondern nur 8 Zentimeter Dicke erhielt, was zur Folge hatte, daß die Mauer bedeutend leichter umgeklungen, wobei kommt. Nun fragen wir Herrn Baumeister Leben und den Pariser Füller: Wer trägt bei diesem Unfall die Schuld? Vielleicht die Lehrlinge, die man jetzt verantwortlich machen will? Hoffentlich wird die Behörde herausfinden, wer die Verantwortung zu tragen hat. Welche Rohheit der Pariser Füller besitzt beweist seine Abends bei dem Verleien der Arbeiter gemachte Neuierung: „Diese zwei werden ohnehin schon hin sein, über die können wir das Kreuz machen.“

Aus Amerika.

New York, 27. Dec. 1891.

— Uns liegen weitere Auslassungen der amerikanischen Arbeiterpresse über den Kongreß und Herrn Gompers vor. Die "Memoranda des Volkes, Riga," schreibt:

Samuel Gompers hat schon mehrfach das Unglü

Sunter Comptoir „Sunter Comptoir“ ist ein französisches Unternehmen, das seit über 100 Jahren Uhren herstellt. Die Firma ist bekannt für ihre exklusiven Armbanduhren und Chronographen. Sie hat eine eigene Manufaktur in Genf und ist Mitglied der Swiss Watch Industry Federation. Das Unternehmen ist auch unter dem Namen *Comptoir Suisse* bekannt.

eines Vobes von gegenwärtig Sein und möglichen werden mögen, vielmehr, dasselbe als eine Art Kompliment gegenüber der Arbeiterschaft ansehen. Und doch könnte sich Compern & seine Freunde an den fünf Fingern abzählten, daß sie allemal auf dem falschen Wege sind, wenn die sozialistische Presse etwas zu guheit, was zu thun. Die Kapitalisten und ihre Schreibschlechte haben doch allen ehrwürdigen Auslob, zu münthen, daß die Arbeiter nicht in Maßregeln eregrisen, welche im Interesse ihrer Klasse sind, denn das Arbeiterinteresse kann nur gefördert werden auf Kosten des Kapitalisteninteresses. Das Unternehmertum wird sich also hütten, der Arbeiterbewegung, resp. deren Führern, Sympathie entgegenzubringen, sobald sie ernstlich die Arbeiterschaft fordern. Solche Sympathiebezeugungen sind immer ein unmögliches Beweis dafür, daß die Belobigten erneuerbar nicht für die Arbeiterschaft thun, oder es bei unwichtigen Maschinen bewerben lassen. Das gehört nämlich auch zur Tattik der Kapitalistischen Presse, daß sie event. vorgetragen der Arbeiter scheinbar indosiert, so lange wie möglich, daß die betreffenden Bestrebungen unerreichbar an-

"So wurde auch Gompers' letzter Jahresbericht
seiner rosfärbener Inhaltslosigkeit von der gesamten
kapitalistischen Presse auf das Mörderische commentiert. Man
sieht deutlich genug voraus: wenn der Berlauer
Konvention von Birmingham dem Jahresbericht eben
bürtig war, dann konnte das Unternehmertum für die
Jahr rübig sein Haubt auf's Kästle legen — von
American Federation of Labor" hatte es nichts
zu suchen.

"Und so ist es gekommen.
Die Konvention hat nicht nur nichts gethan für Arbeiter, sondern sie ist in absoluter Bedeutungslosigkeit verlaufen, doch selbst die kapitalistische Presse nicht gewußt hat, was sie aus dem nichtsverstehenden Verhandlungen machen sollte. Leider mißverstehen die anglo-amerikanischen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit diese bloße bloße Haltung der kapitalistischen Zeitungen — fälschlich und die Arbeiterpresse, — wie gelogen — wenn ihnen darüber die Augen öffnen könne, ist nur was geschieht im Lande, oder sie bläst lustig mit in das weiche Horn."

Zum Beweise übrigens, daß die „New York Boss“ „Ig“ in der deutlichen Arbeitervierteln des Landes durchaus nicht allein steht mit ihrem Urtheil, seien einige anderweitige Auszüge zitiirt. Die „Indian Tribune“ schreibt: „Herr Gompers sagt sehr gelassen die Konvention der American Federation of Labor vertrete 750.000 organisierte Arbeiter, dabei betrug die Jahreseinnahme 21.316 Doll. zu 3 Cents pro Tag. Eine Organisation, welche bei einer Mitgliedschaft unter 700.000 nur eine Jahreseinnahme von 21.000 Doll. hat, ist garnicht aktionsfähig.“ Und in der That es schwer sein, auf irgend Etwas hinzuweisen, das „American Federation of Labor“ bis jetzt gethan beweisstliegt hat. Der Verband ist auch viel zu schwach, als daß er auf gewerkschaftlicher Basis pure und sinnig irgend etwas tun könnte. Das scheint aber ganz den Gedankens des Herrn Gompers zu sein; denn wahrscheinlich sind der einzigen Zweck der Federation hält, ihm Gelegenheit zu einer Jahresschloßfahrt zu geben. Das „St. Louis Tageblatt“: „Unbedeutend und nicht sagend, wie diese Konvention“, haben wir noch geschrieben.

Arbeiterkongress verlaufen seien. Nicht eine Resolution, welche des Aufhebens wert, nicht ein Gedanke, der in weitere Kreise zu dringen bestimmt und geeignet war, seine Persönlichkeit, welche aber die allgemeine Geisteshöhe der Versammlung hervorrupte".

Und schließlich das Blatt „Tageblatt“: „Beider Wahl hat gelagert werden, daß die Konvention der „American Federation of Labor“ in Birmingham einen sehr schlechten Verlauf genommen hat. Wenn Sie wirklich den Ausdruck des besten Thefts der Arbeiterschaft dieses Landes rezipierten, dann kann man bloß mit Bedauern durchschauen, wie rücksichtslos die amerikanischen Arbeitgeber sind.“ Das Ergebnis der Konvention ist ein durchaus negatives. Durch den Beschluß, den Streikjonds abzuschaffen, ist die Federation geschwächt worden. „Der Plan, das Achtstundensystem nach und nach einzuführen, ist festgeschrieben. Sie kann den Arbeitern in der Zukunft nur noch unschön sein, durch die allgemeine Agitation und durch Boykotts. Finanzielle Unterstützung haben die Gewerkschaften nicht zu erwarten. Das politische Gebiet in irgend welcher Weise zu betreten, ist abgelehnt worden. Das Alte ist tot und Neues wurde nicht geschaffen. Ob die Federation in diesem Zustande weiterbestehen kann, bleibt abzuwarten.“

In einem anderen Artikel schreibt das New-Yorker Arbeiterorgan: „Die Wiederwahl von Gompers“ ist ein Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wahr an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der „American Federation of Labor“ zu charakterisieren. Auf diese Wiederwahl war genau so felsig verständlich, wie alles Andere. Der große Arbeiterbund zählt eben einen Mann in seinem Reihen, der es wie Gompers verstände, durch eine angemessentliches, charakterlose Haltung, die verborgten conservativen Naturgeschäfts, die verblisteten „Sozialisten“ und die neuen Mächtigkeiten der Gewerkschaftsmananchen unter einem Dach zusammen zu halten. Wir kennen Leute, die genau aus diese in Grunde Gompers Wiederwahl zu beobachten. Wir würden ihnen sogar beipflichten, wenn mit diesen Zusammenhalten auch nur die leiseste Aussicht auf einen erfolgreich ökonomischen Vorstoß auf der ganzen Linie verbunden wäre. Aber bloss um des lieben Zusammenhalts willen nach zwei Jahren flächiger Erfolge folgige und unter dem unmittelbaren Ausblitzen eines dritten und weiteren allem Antheite nach ebenso folgloose Jahre, jene Markt- und Charakterlosigkeit alten Stile weiter zu lasten — das gilt uns doch als ein Reichen flächiger Stagnation. Mag es daß Gompers heute der „Mann der Situation“ für das A. o. P. ist und daß ein anderer vielleicht noch schlechter gewesen wäre — aber dann bestlagen wir eben daß er dieser Mann ist, d. h. joviell als daß Gompers und Federation einander wiedrig sind, sowohl die Interessen des Vorwärts in der Arbeiterbewegung in Frage stehen.“

Diese Urtheile der amerikanischen Arbeiterprese sind jedenfalls sehr beachtenswerth. Das "Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschland" hat den Bericht des Herrn Gompers gebracht und darüber die Bemerkung gefügt:

"Derselbe zeigt, daß unsere Freunde in Amerika den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation belangen, uns deutschen Arbeitern um einen guten Erfolg im Voraus sind. Der diesjährige Kongreß ist der erste der amerikanischen Federation Arbeit — hoffen wir, daß der Kongreß den deutschen Gewerkschaften im März d. J. den Grundstein legt,以便于一个平等的、普遍的工人联合会的建立——为德国的工人。"

Die Bewerfung steht der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ein völlig unverdientes Vortaus. Die deutsche Arbeiterbewegung ist verpflichtet, wie sie über Gompers Auslassungen und den Kongress berichtet, auch durch den Kritik unserer amerikanischen Brüderorgane Notiz zu nehmen, die jedenfalls ein kompetentes Urtheil über die Sache haben, als man sich anderne bilden kann. Diese Kritik bestätigt das, unterseits so oft über die amerikanischen Arbeiterschaft gezeigt worden ist. Diese Leute stehen weit hinter Auslassungen der släfienbewußten deutschen Arbeiter, auch sonst haben die Letzteren keinen Anlaß, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als solche zu betrachten, welche mit der deutschen Arbeiterbewegung einen e-

Situationsberichte

Maurer.

Berlin. Eine öffentliche Generalsversammlung Maurer und Puzer, von weit über tausend Personen besucht, tagte am Sonntag, den 17. Januar, im „Palast“, in welcher der Reichstagsabgeordnete Ulrich den Werth der Zentralisation sprechen sollte. Der Vortrag war jedoch, wie der Einberauer, Kollege Klingenberg, fand gab, am Eröffnen verhindert und es trat an Stelle Schuhmachermeister, Theodor M. Meyer, Referent auf. Dieselbe nahm, nachdem nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten das Bureau Dählberg und Protzen vorgestellt worden war, das Wort zu seinem Vortrage, in welchem er die Nothwendigkeit der gesellschaftlichen Organisation in überzeugender Weise legte und bezüglich der Frage, wie die Arbeiter sich wirtschaftlich zu organisieren hätten, für Zentralverband plädierte. Redner erkannte an, daß die Umgestaltung heutigen Produktionsweise auf rein gewerkschaftliche Gebiete nicht zu erreichen sei; hielt aber eine Trennung der Politik vom Gewerkschaftlichen und eine kraftige Verhüttigung auf beiden Gebieten für geboten. Weiteren Einwände gegen die Zentralverbände, dafselben, sobald sie zu einem Machtsfaktor geworden seien, „von oben“ bestimmt werden würden, sprach Vortragende die; Wichtigkeit nicht ab, war aber der Gesicht, daß den Volksorganisationen ein gleiches Selbstbewußtsein. Aber darauf könne keine Rücksicht genommen werden. Als Beweis für die Nothwendigkeit der Zentralverbände führte der Vortragende den letzten Buchdruck

streit an. Die Buchdrucker seien dem vereinigten Kapital unterlegen, trotz ihrer gefüllten Kassen, trotzdem die Arbeiter nicht nur Deutschlands, vielmehr aller Kulturstaaaten, sie bis zu einem gewissen Grade unterstellt hätten. Und warum? Weil nicht alle der Organisation angehörten. Häufiger alle deutschen Buchdrucker dem Verbande angehören, so hätten sie mit einem Schlag den Sieg erungen. Daraus sei die gewaltige Macht der Zentralorganisation erkennbar. Der Buchdruckerstreit habe den deutlichsten Fingerzeig gegeben für die Zentralverbände als notwendige Form der gewerkschaftlichen Organisation. Redner empfahl demzufolge den Zusammenschluß in zentralisierten Verbänden (Besitz). Die Diskussion, welche sich dem Vortrage angeschlossen, gestaltete sich ungemein lebhaft. In einer Beweis und betonte ähnlich, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten lediglich die Form der Organisation betreffen. Die Berliner Maurer ständen keineswegs auf dem Boden einer stiftenden Zentralorganisation, vielmehr ebenfalls auf dem Boden der Zentralisation, sie seien nur aus juristischen Gründen gegen statutarische Zentralverbände und demzufolge für eine Zentralorganisation durch das System der Vertrauensmänner. Der Buchdruckerstreit war ihm ein Beispiel gegen die Zentralverbände. Der Buchdruckerverband habe trotz seines 25jährigen Bestehens nicht vermocht, alle Buchdrucker in sich aufzunehmen, diejenen politisch zu bilden. Daß die zentralisierten Zentralorganisationen weniger leicht zu "fallen" seien als die Zentralverbände, wuchs Redner aus dem Monatssprecher der Maurer zu erweisen, der mit Besprechung der Angeklagten endete. Ganz absehbar davon, daß Politik und Gewerkschaftliches absolut nicht voneinander zu trennen sei, würde doch gegeben Falles eine einseitige Ausbildung der Arbeiter vor sich gehen und eine politische Verlumpung eintreten. Deshalb seien die rein gewerkschaftlichen Verbände zu bekämpfen. Ferner händen die Vereinsgesetze der allgemeinen Organisation der Arbeiter in Zentralverbänden entgegen. Demnachfolge hielt es Redner für angemessener, Organisationen zu schaffen, welche allen Arbeitern zugänglich und wahr Kampfsorganisationen sind, die an der Lösung der sozialen Frage mitarbeiten können und empfahl deshalb den Berliner Maurern das Festhalten an der bisherigen Organisationsform. Keßler war ebenfalls der Ansicht, daß die Grenze nicht zu finden sei, wo Politik anfange und wo sie aufhore und zählte als Beispiel hierfür die "Freie Volksküche" an, wo die Tendenz des Vereins allein genügte, denselben zur einen politischen zu stempeln. Wenn zudem die Gewerkschaftsbewegung die Worschule zur politischen sein solle, so sei es naturnäß, daß in dieser Schule die Politik nicht fehlen dürfe. Keineswegs werde verlangt, in Gewerkschaftsorganisationen "höhe Politik" zu treiben, dies sei Aufgabe der politischen Vereinigungen, nicht aber Sozialpolitik und dies sei garnicht zu vermeiden. Redner war ferner der Ansicht, daß die Aufgabe der Zentralverbände, eine einheitliche Zusammenfassung der Geldmittel zu Unterstützung, durch Vertrauensmänner mindestens ebenso gut erfüllt werde. Da zudem der Zentralverband der Maurer die Vertrauensmänner noch nebenbei besitzt, so sei der "Zentralverband" nur Dekoration. Redner empfahl gleichfalls die lose Zentralisation durch Vertrauensmänner. Wuchholz verurteilte die erforderliche Kontrolle der Engeln bei der soßen Zentralisation. Sobald es sich darum handele, den Ring zu rütteln, sei Niemand zu haben. Die Berliner Maurer hätten bisher noch nie verhältnismäßig ihre Pflicht erfüllt. Sobald es zum Kampf gehe, seien die Berliner Maurer nicht zu haben. Redner sprach für Zentralverbände, Wuchholz verwarnte die Anhänger der losen Zentralisation gegen den Vorwurf der Aenglichkeit. Nicht diese mache sie zu Gegnern der Zentralverbände, sondern einfach die Logik der Thatfachen. Die Kontrolle sei beim System der Vertrauensmänner genau ebenso gut möglich, wie im Zentralverbande. Buchdrucker Philipp Schmidt stellte sich als begeistertes Anhänger der Zentralverbände dar, Kollege Wille u. a. als entschiedene Gegner derselben. Kollege Silberschmid als Verfechter der Zentralverbände, ebenjo Gröppeler und Buchdrucker Johann Bauer. Mitarbeiter Gähmann als Befürworter der losen Zentralisation. Nach einem Schlussworte des Referenten, in welchem derselbe ausdrücklich erklärte, daß, solange ihm eine bessere Form der Organisation nicht nachgewiesen werde, er nach wie vor auf dem Boden der festen Zentralisation stehe, wurde trotz verschiedener Einwände dagegen wegen der sehr vorgezogenen Zeit und der sehr bemerkbaren wichtigkeit der Versammlung zur Abstimmung über die verschiedenen eingelieferten Resolutionen geschritten. Gegen eine starke Minorität gelangte folgende von Kollegen Silberschmid mit gestellte Resolution zur Annahme:

"Die heute am 17. Januar 1892 im 'Deenpalast' tagende öffentliche Versammlung der Maurer und Puter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht:

1. daß zu wirken, daß eine feste Zentralorganisation unter den Berliner Maurern geschaffen wird und daß diese sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anschließen;

2. um bei der immer mehr um sich greisenden Ausdeutung des Unternehmerschums in unserem Gewerbe ein Paroli bieten zu können, beschließt die heutige Versammlung, die Vertrauensmänner beider Richtungen haben von jetzt ab gemeinsam öffentliche Maurerversammlungen einzuberufen, in welchen über die Lohnbewegung des Jahres zu beratschaffen ist und die ein einheitlicher Vorgehen zum Zwecke einer Lohnbewegung ermöglichen sollen."

Lützel-Wiebelsbach. Am 17. Januar fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt. Die zahlreich erschienenen Kollegen nahmen ein Referat des Kollegen Gebert Mainz entgegen, in welchem derselbe ausführte, daß unter den heutigen Verhältnissen die lokale Fachvereinigung nicht zweckentsprechend sei. Es sei folgedessen auch für die Maurer eine Zentralorganisation, der Zentralverband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen, geschaffen worden, der beizutreten Wohl eines jeden Maurers sei. Der Vortrag wurde befällig aufgenommen und medetzen sich von den

30-60 am heutigen Orte wohnenden Maurern, welche aber größtentheils ihren Erwerb in Frankfurt a. M., Darmstadt und Mainz zu suchen gewünscht sind, sofort zum Eintritt in den Verband. Nachdem die provisorische Zentralstellen-Verwaltung gewählt worden war, wurde die vom besten Geist besetzte Versammlung geschlossen.

Elberfeld. Am 10. Januar fand im Lokale des Herrn Gerbracht, Bleichstraße 14, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zentralstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt mit der Tagesordnung: 1. Aufklage und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Rücksicht auf das verloste Jahr, 3. Fragestellungen und Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt war, nahm der Bevollmächtigte das Wort und gab einen Rückblick auf das verloste Jahr. Er führt aus, daß das Jahr 1891 für die Maurerbewegung ein ereignisvolles gewesen sei; am dem vom 8. bis 15. Mai in Gotha stattfindenden Maurerkongress sei der Zentralverband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen konstituiert worden. Redner erklärte die Verbandsorganisation als die beste für alle Gewerkschaften und erfuhr die dem Verband noch verschiedenen Kollegen, sich in denselben aufzuhalten zu lassen. Weiter befürchtete Redner die Arbeitsverhältnisse und sprach sein Bedauern darüber aus, daß, gezwingt durch die allgemein herrschende Geschäftslage, im vergangenen Jahre zu viele Kollegen arbeitslos geworden seien. Zu letzten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Keßler die Gelegenheit, die Ausschüsse des Regierungsbauamtes Keßler in Nr. 1 des "Bauhandwerker" einer scharfen Kritik zu unterziehen und wurde zum Schluss folgende Resolution angenommen:

"Die heutige im Lokale des Herrn Gerbracht tagende Mitgliederversammlung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen, Zentralstelle Elberfeld, erklärt die Ausschüsse des Herrn Keßler in Nr. 1 des 'Bauhandwerker' die Zentralstelle Elberfeld des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen sei an den Brüchigkeiten der früheren Zentral-Organisation zusammengelegt, als erlogen und unwahr. Daß die zentralistischen Maurer es sind, welche die Stoffateuren-Organisation untergraben, ist ebenfalls unwahr; beide Organisationen standen bisher in besten Einvernehmen und diejenigen Zwischenfälle sind nur auf die Quertriebse des Herrn Keßler und des Herrn Kell zurückzuführen."

Die Mitglieder der Zentralstelle Elberfeld werden erachtet, die aus der Bibliothek entliehenen Bücher sobald wie möglich zwecks Revision abzuliefern.

Stralsund. Die hiesige Zentralstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Sonnabend den 10. d. W. ihre regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: "Aufnahme neuer Mitglieder" und "Verschiedenes". Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, erklärte der in voriger Versammlung gewählte Schriftführer, Kollege Biese, diesem Posten nicht vorsehen zu können, da er Kassen der Krankenkasse geworden und er hiermit genug zu thun hätte; er erklärte die Versammlung, einen anderen Schriftführer zu wählen. Hieran wurde Kollege Neels gewählt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten zur Verhandlung gekommen waren, einschließlich der Bibliotekar die vorhandenen Bücher sorgfältig zu lesen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Nienburg. Am Sonntag, den 17. Januar, fand auf hiesiger Maurerherberge unter Vorsitz des Kollegen Giese eine öffentliche Maurer-, resp. Bauhandwerker-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: "Die Gewerkschaftsbewegung, ihr Wert und Nutzen für die Arbeiterschaft". Nachdem der Vorsitzende den Kollegen für ihr zauberreiches Eröffnungs-Datum abgestattet, erhielt er dem Referenten, Kollegen Albert Paul (Hannover) Schmitt stellte sich als begeistertes Anhänger der Zentralverbände dar, Kollege Wille u. a. als entschiedene Gegner derselben. Kollege Silberschmid als Verfechter der Zentralverbände, ebenjo Gröppeler und Buchdrucker Johann Bauer. Mitarbeiter Gähmann als Befürworter der losen Zentralisation. Nach einem Schlussworte des Referenten, in welchem derselbe ausdrücklich erklärte, daß, solange ihm eine bessere Form der Organisation nicht nachgewiesen werde, er nach wie vor auf dem Boden der festen Zentralisation stehe, wurde trotz verschiedener Einwände dagegen wegen der sehr vorgezogenen Zeit und der sehr bemerkbaren wichtigkeit der Versammlung zur Abstimmung über die verschiedenen eingelieferten Resolutionen geschritten. Gegen eine starke Minorität gelangte folgende von Kollegen Silberschmid mit gestellte Resolution zur Annahme:

"Die heute am 17. Januar 1892 im 'Deenpalast' tagende öffentliche Versammlung der Maurer und Puter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht:

1. daß zu wirken, daß eine feste Zentralorganisation unter den Berliner Maurern geschaffen wird und daß diese sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anschließen;

2. um bei der immer mehr um sich greisenden Ausdeutung des Unternehmerschums in unserem Gewerbe ein Paroli bieten zu können, beschließt die heutige Versammlung, die Vertrauensmänner beider Richtungen haben von jetzt ab gemeinsam öffentliche Maurerversammlungen einzuberufen, in welchen über die Lohnbewegung des Jahres zu beratschaffen ist und die ein einheitlicher Vorgehen zum Zwecke einer Lohnbewegung ermöglichen sollen."

Hamburg. In der Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten

Berufsgenossen, Zentralstelle Hamburg, am 21. Januar, machte der Bevollmächtigte zunächst bekannt, daß alle Mitglieder, welche ihre Statistik noch nicht abgeliefert, dieses schleunigst zu thun haben, da am 1. Februar mit der Zusammenstellung begonnen werden müsse. Des Weiteren forderte er die Mitglieder, welche einen Haushaltstatist aufgestellt haben, auf, sich diesbezügliche Formulare zur Ausfüllung abzuholen. Sodann hielt Herr Lohr einen Vortrag über den Allgemeinen Gewerkschaftstag und den Entwurf der Generalcommission. Der Referent führte an, daß man sich über die Frage, ob die Zentralorganisation der Zentralorganisation vorzuziehen sei, längst klar sei. Wenn, wie bei den Maurern, noch ein kleiner Hausein in Berlin sich gegen die Zentralorganisation aussöhne, so sei dieses nicht von Bedeutung. Die Behauptungen, welche jene Herren aussöhnen, daß man in einer Zentralisation keine Politik treiben dürfe, dies aber notwendig sei, seien nicht maßgebend. Wenn man sich die in den letzten Jahren verloren gegangenen Streits betrachte, so müsse jeder denkende Gewerkschafter zu der Überzeugung kommen, daß eine gute Zentralorganisation erfolgen könne. Die Gewerkschaftsbewegung habe mit Politik nichts zu thun, dagegen seien in der Gewerkschaft zu behandelnde Fragen genügend vorhanden. Redner gab sodann eine Schilderung der verschiedenen Vereinsgesetze und bezeichnete das sächsische Vereinsgesetz als das schlechteste, da nach § 24 desselben jede Verbindung unterliegt ist, während nach § 8 des preußischen Vereinsgesetzes nur die Verbindung politischer Vereine verboten ist. Im Grunde genommen könne man sagen, so viel Bundesstaate, so viele verschiedene Vereinsgesetze. Die vielgepriesene deutsche Freiheit existiere nur für das Unternehmertum, das gegen siehe für den Arbeiter dieselbe nur auf dem Papier. Eine Rücksicht auf die Vereinsgesetze müsse für die Zentralorganisation eingetreten werden. Die sich an der Disputation beteiligenden Redner schlossen sich zum größten Theile den Ausführungen des Referenten an. Der Vorsitzende wurde nur, da die Vertretung durch drei Delegierte auf dem Kongress in Halberstadt zu niedrig bemessen sei, Herr Stallingt beantwortete eine diesbezügliche Frage dahin, daß sich der Kongress jetzt ganz anders gestalte, als früher angenommen wurde. Sollte eine größere Zahl von Delegierten entsendet werden, so bedürfe dies einer Urabstimmung, und dazu sei die Zeit zu kurz bemessen. Der Bevollmächtigte äußerte sich dahin, daß er sich gegen einzelne der gestellten Anträge erklären müsse, jedoch müsse man sich den Beschlüssen, die auf dem Kongress gefasst würden, fügen. Der zweite Punkt, Wiederaufnahme der Streitbrecher, der schon zu wiederholten Malen auf der Vorgesetzten Zeit und der im Saal herrschenden lärmischen Kälte auf Antrag des Herrn Kell als erster Punkt auf die Tagesordnung gestanden hatte, wurde in Abrechnung der Vorgesetzten Zeit und der Versammlung erfolgte.

Kreisburg. Am Freitag, den 15. Januar, Abends 7/2 Uhr, tagte hier selbst im Lokale der Witwe Joost (Maurerberber) unter Vorsitz des Kollegen Giese eine vierteljährliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Namen- und Protokollverleihung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht des Gesellenausschusses von der Innung. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wurde präzise um 7/2 Uhr vom ersten Vorsitzenden F. Schatz eröffnet. Nachdem die Namen und das Protokoll verlesen waren, ließen sich noch zwei Kollegen als Mitglieder neu aufnehmen. Hierauf legte der Gesellenausschuß die Verhandlung mit den Meistern klar, aus welcher nur hervorzuheben ist, daß sie die Punkte, betreffend Gesellen und Herbergssachen, verworfen haben. Zur Reiseunterstützung zahlt die Innung für dieses Jahr einen Beitrag von M. 10, die Hälfte der Durchschnittsumme der letzten beiden Jahre. Betreffend das Lehrlingswesen beschloß der Vorsitzung, die Meister zu ersuchen, den Gesellen in der Prüfungskommission zur Abnahme des Gesellenfades vertreten zu gewähren, welches auch von der Innung angenommen wurde. Unter "Verschiedenes" wurden die Gesellen des Meurermeisters F. Bandholz befragt, ob bei dem Neubau in der Fleinerstraße im Tagelohn oder Alford gearbeitet würde. Sie gaben zur Antwort, daß im Tagelohn gearbeitet würde. Da hier aber in der letzten Zeit beschlossen wurde, daß kein Neubau im Tagelohn fertig gemacht werden darf, so wurde dem Gesellenausschuß aufgegeben, dieferhalb mit der Innung in Unterhandlung zu treten; zu gleicher Zeit soll derselbe einige andere kleine Uebelstände, als Abddeckung der Gefäße, Flörsicht betreffend usw., abzuklären beantragen. Die auf dem betreffenden Bau arbeitenden Mitglieder gaben in der Versammlung das Versprechen, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Sache als geregelt erklärt wird. Ein Mitglied mußte aus unserem Verein ausgeschlossen werden, weil es auf die Oste der notorischen Trunkenbolde gesetzt worden ist. Da Erbliches zur Verhandlung nicht mehr vorlag, wurde um 10 Uhr die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Pinneberg. Am 17. Januar tagte im Lokale des Herrn W. Hanisch eine öffentliche Versammlung der Maurer und Bauarbeiter mit der Tagesordnung: "Bericht der Lohnkommission und Verschiedenes". Nachdem das Bureau gewählt war, erhielt Kollege Münter das Wort. Derselbe führte an, daß die Meister in der Versammlung, zu welcher die Kommission eingeladen hatte, nicht erschienen waren, den Lohntarif nicht anerkannt hätten, weil der Bevollmächtigte des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten

Berufsgenossen, Zentralstelle Pinneberg, denselben geschrieben hatte; auch wollen sie, wenn derselbe mit zur Unterhandlung kommt, die Unterhandlung ablehnen, weil sie mit ihm nicht zu thun haben wollen. Die Herren müssen einen heftigen Rappelt vor demselben haben, oder die Meister sind zu unwillig, um mit einem einschlägigen Arbeiter eine Diskussion über die Sache aufzunehmen zu können. Das Ausarbeiten eines anderen Tarifs wurde hierauf erfolglos Schlüß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

aber für Bauarbeiter 33 Pf. verlangt werden, da die Mehrzahl nur 30 Pf. pro Stunde erhält und bis jetzt keine einheitliche Regelung vorhanden ist. Die Nebenbedingungen wurden nicht weiter geändert, als daß die schwarze Arbeit ganz fortbleibt. Den weiteren Verhandlungen stehen wir mit aller Ruhe entgegen, da die Arbeitsausstände auf den Sommer nicht ganz ungünstig sind.

Wir machen alle reizenden Kollegen darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaften von Pinneberg einen Zentral-Gesellenvertrag erzielt haben und daß derselbe am 1. Februar eröffnet wird. Derselbe befindet sich Kopplerstraße Nr. 13 bei Herrn Freese. Alle Arbeiterblätter werden gebeten, diese Notiz abzudrucken.

Weißensee. Am 19. Januar fand eine öffentliche Generalsammlung der Maurer im "Kaiser Wilhelm"-Haus zu Punkt 1 der Tagesordnung: "Die Organisationsfrage der Gewerkschaften". Kollege Silberschmidt als Referent übernahm. In seinem Vortrage erläuterte derselbe Punkt den Organisationsentwurf der Generalkommission; hielt die Zentralisierung aller Gewerkschaften für die zweckentsprechendste Organisationsform für die nächstfolgende Zeit, und es müsse mit allen Kräften dafür eingetreten werden. Es war aber der Meinung, daß unter Gewerken sich wohl noch nicht der Union in diesem Jahre werde anschließen können, indem es noch der Stärkung bedürfe, in diesem Falle bleibe aber der Verband doch mit der Generalkommission in Verbindung durch Abgabe einiger Prozente an letztere. Es könne und werde ja wohl noch Manches an dem Entwurf geändert werden, dies sei Sache des Kongresses. Hierauf sprach Kollege Dohrmann über Statistik, ermahnte die Kollegen zur gewissenhaften Aufzeichnung, denn dadurch gewinnt der Arbeiter erst einen Einblick in seine wirtschaftliche Lage. Kollege Trüg ang. bestieglich über die Lautheit der Maurer in Weißensee, trocken den Beifall sich etwas gefestigt, genüge dies dennoch lange nicht. Grünenberg, Statistiker, sprach für Volksorganisation, trocken gab derselbe dem Referenten in den nächsten Punkten Recht, war der Meinung, die Statistik habe gar keinen Wert, und es könnten noch Jahre vergehen, ehe im Sinne des Entwurfs eine Zentralisation der Gewerkschaften angestrebt werden könnte, denn das Sozialistengesetz trage die größte Schuld an dem Mißgange der Gewerkschaftsbewegung. In seinem Schlusswort widerlegte der Referent einige Ausführungen des Vorredners Grünenberg. Nachdem Kollege Dohrmann auf die Besammlung zum 2. Februar hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bremen. Am 20. Januar tagte eine Mitglieder-Versammlung des Zentralverbands der Maurer Deutschlands njo. mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Abrechnung vom Weihnachtsfest, 3. Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. 4. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt war, verlas der erste Kassirer die Abrechnung vom Weihnachtsfeste, welches ein Deficit von M. 75 ergab. Auch wurde bekannt gemacht, daß Kollege Feldmann noch 6 Kartens nicht abgeliefert habe; und wird derselbe erachtet, am nächsten Versammlungstage die Sache in Ordnung zu bringen. Zum 3. Punkt nahm der 1. Bevollmächtigte das Wort und erläuterte verschiedene Paragraphen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, und erklärte, daß wenn ein Kollege um Rath verlegen (da er als Vertrauensmann dazu gewählt werden soll), er zu jeder Zeit bereit sei, jedem Mitgliede Ausklärung zu geben. Kollege Schäfner sprach im Sinne des Vorredners und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz immer noch weiter vervollkommen werde. Zum Punkt "Verschiedenes" mochte Kollege Schäfner bekannt, daß am Freitag, den 29. d. M., Nachmittags 3½ Uhr, in der "Betschalle", eine Versammlung der Arbeitslosen stattfinden wird und forderte die Kollegen auf, diese Versammlung zahlreich zu besuchen. Nachdem der erste Bevollmächtigte noch bekannt gemacht, daß am 3. Februar eine Mitglieder-Versammlung stattfindet (siehe Anzeige) wurde die Versammlung geschlossen.

Altona. Am Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, tagte eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bauschule des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands njo. im Votale des Herrn Koppelman, große Rosenstraße 95. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die wirtschaftliche Lage der alten Welt zur Zeit der Entstehung des Christentums. 2. Handhabung der Statistik. 3. Jüngste Verbundungsgelegenheiten. Zum ersten Punkt erhielt als Referent Herr Laufeldt. Hamburg das Wort. Derselbe wies in sehr eingehender Weise nach, daß die wirtschaftliche Lage der alten Welt eine Aehnlichkeit hatte mit der heutigen Lage. Im Alterthum hatten die Römer noch gleiche Rechte und gleiche Pflichten, ein Jeder war vor dem Gesetz gleich. Jedoch es lösten sich etliche Personen aus dem Volk los, die schließlich zur Alleinherrschaft gelangten, und aus dieser entstand die Herrschaft Bieler. Auf diese Weise wurde das Volk geteilt, und zwar in wohlhabende Leute, die Patrizier, und das arme Volk, die Plebejier genannt. Die Staatsämter wurden nur von den Patrizier beflegt, indem die Stellen sehr viel einbrachten. Nach mehreren hundert Jahren gab es jedoch unter den Plebejier ebenfalls Leute, die so weit gebracht hatten, öffentliche Amtsstellen zu können, da sie bedeutend reicher waren, als die Patrizier, und so bildete sich aus der Geburtsaristokratie eine neue, die Geldaristokratie. Es waren schritt drei Stände entstanden, wovon nur der dritte Stand, das Volk, die Gleichberechtigung erzielte. Das Kapitalnachschub kam aber die Oberhand und das Volk war demnach sozial ganz abhängig, gerade so, wie es heutzutage z. B. noch in Hinterpommern und in noch verschiedenen Gegenden, wo den Leuten das freie Wahlrecht direkt genommen wird, der Fall ist. In Rom, wo es ältesterst das Wort "Proletariat" für das Volk entstanden ist, war ein Weiser, der da sagte: "Kein Staat kann auf die Dauer existieren, wenn ein Jeder nicht gleiche Rechte und Pflichten habe." Es entstellt sich eine rassistische Grundstützung unter den Römern. Die Gesellschaft war ebenso wie die heutige zusammengefasst, es gab nur Reiche und Slaven. Als die christliche

Lehre austrat, traten die Slaven scharenweise dieser neuen Lehre bei. Es machte sich ein reges Nachdenken unter ihnen geltend; sie wurden mit ihrer schlechten Lage unzufrieden, daher die großen Slavenaufstände aus jeder Zeit. Wettkämpfe wurden sie damit, daß ihnen gepredigt wurde, alles sei von den Göttern so welche geregt worden. Das Christentum wurde zur Staatsreligion erklärt. Was die Apostel damals predigten, war schon 300 Jahre vor Christi in Persien niedergeschrieben worden. Jetzt sei an Stelle des Christentums der Sozialismus getreten. Redner empfahl der Versammlung, für den selben einzutreten und bemerkte noch dabei, daß ein Jeder nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis daran handeln solle, damit werde die Frucht unseres Werks auch eine gute sein. Beifall schüttete den Redner für seinen interessanten Vortrag. Nachdem der erste Bevollmächtigte dem Referenten im Namen der Versammlung "Danke ausgeprochen", wurde zum zweiten Punkt übergegangen: Handhabung der Statistik. Nachdem der erste Bevollmächtigte die verschiedenen Methoden aus derselben hervorgehoben, wurde von mehreren Kollegen betont, daß allerdings das Statistikbuch etwas aussichtlicher betreffe der Feiertage hätte sein können, dieser Mangel würde wohl in dem nächsten Statistikbuch beseitigt werden. Es wurde den Mitgliedern noch empfohlen, die Feiertage nur in Stunden anzugeben und es sich extra zu notieren, ob die Feiertage entstanden sind wegen schlechter Witterung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw., dann siehe sich am Schlusse eine bessere Zusammenstellung herbeiführen. Da im dritten Punkt nichts Besonderes vorlag, stand um 10 Uhr Schlus der Versammlung statt.

Hannover. Am der am 19. Januar stattgefundenen Generalsammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Bauschule Hannover, sprach Kollege Barth über die Entwicklungsgeschichte der Naturerkenntnis. Redner kam an Schlus seiner interessanten Ausführungen zu der Schlusfolgerung, daß man sich von dem Ballast alter Überlieferungen, wie er hauptsächlich in der Bauschule vorhanden sei und in direktem Widerspruch mit der modernen Wissenschaft sich befindet, frei machen müsse; nur wer das vermöge, sei wirklich frei. Hierauf legte der Kassirer die Quartalsabrechnung vor, dieselbe ergab bei einer Einnahme von M. 906,41 einen Kostenüberschuss von M. 37,86. Nachdem demselben Decharge ertheilt wurde, wurde die Abrechnung von der Weihnachtsfeier vorgelegt, dieselbe ergab einen Überschuss von M. 34,61. Eine längere Debatte stand über einen Antrag, welcher befagt, einen besondren Kassirer zu wählen, der etwaige Fehlverhältnisse zu verwalten hat, der Antrag wurde indes abgelehnt. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Eingeplant.

Aus Dessau.

Da die Mitglieder-Versammlungen bisherigen Bauschule des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands stets so schwach besucht werden, daß nur immer der vierte Theil der Mitglieder anwesend ist, so richte ich die dringende Mahnung an die Mitglieder, die Versammlungen zahlreicher zu besuchen, und daß sie die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen suchen. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. jeden Monats im "Goldenen Hanf"-statt. Denn, Kollegen, organisiret uns nicht sester und zahlreicher, als wie es bis jetzt der Fall ist, so brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Herren vom Innungsverband deutscher Baugewerksmeister, Baugewerbeverein Dessau, uns mit einem noch frivoleren Vorworte hinausziehen, als folgender vom Maurermeister Kreidt-Delau ausgefertigter es ist. Das omni-nöse Schriftstück lautet:

Arbeitschein,

Bimmer-Gesellen

ausgestellt für den Maurer

ausgeboren am

aus Gründen der nachstehenden Arbeitsbedingungen

in Arbeit tritt:

S. 1. Jeder Geselle hat den unterschriebenen Arbeitschein persönlich dem Bisküpführer zur Kontrolle vorzulegen. Vor Rückgabe des abgestempelten Scheins ist kein Geselle zur Arbeit zugelassen.

S. 2. Jeder anzustellende Geselle ist verpflichtet, einer staatlich genehmigten Krankenfalle als Mitglied angehören und muß jederzeit aus Langen den Arbeitgeber das Luittingerbuch vorlegen.

S. 3. Die Arbeitszeit ist pünktlich, innzuhalten, sowie den Anordnungen des Arbeitgebers resp. dessen Stellvertreters während der Arbeitszeit, wie auch bei Ausdehnung derselben auf Überstunden und Nacharbeit, willig Folge zu leisten.

S. 4. Das Arbeitsverhältnis kann nur am Sonnabend gelöst werden und zwar bis eine Stunde nach Feierabend, ohne vorherige gegenseitige Kündigung. Verläßt ein Geselle im Laufe der Woche ohne rechtlichen Grund die Arbeit, so unterbleibt in dem Arbeitschein das Wort "ordnungsgemäß". Die Aufführung eines Gesellen mit einem derartigen Scheine ist innerhalb eines Jahres nicht statthaft.

S. 5. Der Arbeitgeber hat das Recht zur sofortigen Entlastung des Gesellen:

a) Bei Unwidderhandlungen gegen die Bestimmungen des Arbeitscheines.

b) Falls der Geselle gegen andere hier nicht angeführte Punkte des § 111 der deutschen Reichsgewerbeordnung verstößt.

c) Wenn die Witterungsverhältnisse, plötzlicher Arbeitsmangel oder sonstige außergewöhnliche Fälle die Entlastung bedingen.

S. 6. Der Geselle hat das Recht, die Arbeit sofort zu verlassen, wenn der Arbeitgeber die nachfolgenden Bedingungen seinerseits nicht erfüllt oder die in § 112 der deutschen Reichsgewerbeordnung enthaltenen Bestimmungen verletzt.

S. 7. Der Lohnsatz beträgt je nach Leistung, pro Arbeitsstunde bis zu 35 Pf.

S. 8. An den heiligen Abenden vor Christi und Pfingsten wird eine Stunde früher Feierabend gemacht, beim Lohnbetrag aber nicht in Abzug gebracht; jedoch fällt an diesen Tage die Belegschaft aus.

S. 9. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt wöchentlich. Vorstehenden Bedingungen unterwerfe ich mich während meines Arbeitsverhältnisses bei allen Mitgliedern der Innung Baugewerbeverein Dessau.

Dessau, den 1891
Unterschrift des Gesellen:

Gerichts-Chronik.

* Eine beachtenswerte Entscheidung betreffend das Halten von Verträgen, hat das Schössengericht zu Halle a. S. gefällt. Auf Antrag des Obermeisters der halleschen Baugewerke, Bimmermeister Döpke, war gegen den Baumentnehmer R. Voest ein Strafverfahren eingeleitet, weil letzterer eine Ausfuhrverbotserlaubnis beschafft haben sollte, obwohl er nicht zur Innung "Baugewerbeverein" gehörte, deren Mitglieder durch die höhere Verwaltungsbehörde das ausdrückliche Recht des Halten von Verträgen für den hiesigen Bezirk zugestanden ist. Ärzlich stand Herr Voest in der Sache zum dritten Male vor den Schrägen des Schössengerichtes. Herr Voest, welcher dem Gerichtshof ein Zeugnis der Königl. Regierung zu Ansbach über seine bestandene Prüfung als Bimmermeister überreichte, verblieb dabei, daß er die früher mit den betreffenden jungen Leuten abgeschlossenen Verträge auf Wichtigkeit des Magistrats unter Zustimmung der Eltern aufgehoben und Arbeitsverträge mit jener geschlossen habe, nach welchen die ehemaligen Lehrlinge nur als jugendliche Arbeiter weiter in seinem Geschäft verblieben. In dem Arbeitsvertrag sei die den Lehrmeistern nach § 105 der Gewerbeordnung auferlegte Verpflichtung, die Lehrlinge durch in ordnungsgemäßer Reihenfolge zweckentsprechend geregelte Beschäftigung und Unterweisung zu tüchtigen Gesellen heranzubilden, abgelehnt. Wahr kennzeichnet nicht die Bezeichnung sondern die Beschäftigung den Lehrling. In dem Voest'schen Baugeschäfte, welches die fabrikähnliche Herstellung von Wohngebäuden ein masse und nach einer Schablone beschreibt, wird aber Damppfrost zu groß für Holzbearbeitungsmaschinen und einer Schneidehölze gebraucht, und die jugendlichen Arbeiter würden an den Maschinen und kost in der Maurer, Zimmer, Tischler, Glaser u. beschäftigt, nicht mit Aufschliff auf Arbeitsbedürfnis, sondern nach dem eifrigsten.

Wir haben es seinerzeit vorausgelegt, daß diese Praxis der Beschäftigung "jugendlicher Arbeiter" dem Lehrlings-Privileg der Innungen gegenüber stößt, greifen werde.

Unfallversicherung.

* Folgende Rechtsgrundlage hat das Reichsversicherungsamt ausgesprochen:

Vorläufige Körperverletzung e. u. welche ein Arbeiter dem anderen zufügt, sind zwar nicht schon deshalb als Betriebsunfälle anzuerkennen, weil sie sich beim Betriebe, während der Arbeitshandlung, zugestanden haben, aber weil sie mit einem bei der Arbeit benutzten Werkzeug verübt sind. Es ist vielmehr, um das Vorliegen eines Betriebsunfalls anzunehmen, noch der Nachweis eines direkten Zusammenhangs zwischen der Körperverletzung und dem Betriebe erforderlich. Ein solcher Zusammenhang ist beispielsweise gegeben, wenn der Grund zu der Verletzung lediglich in einem bei der Arbeit und mit Bezug auf dieselbe ausgebrochenen Streitfall, wenn dieselbe einem Vorarbeiter, Ausfließer x. aus Nähe wegen einer Durchsetzung bei der Arbeit zugefügt ist, oder wenn die Betriebsfähigkeit bestimmt für die Art und Schwere der Verletzung gewesen ist.

Wenn ein auf dem Boden liegender Kükker von einem nach den Wieden geworfenen Steine getroffen und verletzt wird, so liegt ein entschädigungspflichtiger Betriebsunfall vor. Das er sich hier um eine dem Fahrwechselbetriebe eigenhümliche Verunfallgefahr handelt, geht schon daraus hervor, daß es einerseits eine weit verbreitete Urtat ist, nach Wieden und Wagen mit Steinen zu werfen, und daß andererseits der Kükker auf seinem Boden der Gefahr, getroffen zu werden, ausgesetzt ist, wenn er sich auf dem Boden zu bewegen und ihm auszuweichen, weil seine Aufmerksamkeit durch die Lenkung des Gewinns auf Anprall genommen wird.

Ein Unfall, welcher einen Arbeiter betrifft, während er ein ihm selbst gehöriges, bei seiner Betriebsfähigkeit benutztes Arbeitsgerät an einem fremden Orte in Stand setzt oder in Stand stellt, kann als ein Betriebsunfall nicht angesehen werden. Anders liegt dagegen die Sache, wenn ein Arbeiter zur Instandsetzung seiner eigenen Werkzeuge eine hierzu bestimmte Betriebseinrichtung, z. B. zum Schleifen seines Stemmefens einen eben zu diesem Zwecke in der Fabrik vorhandenen Schleifstein benutzt und hierbei von einem Unfall betroffen wird. Denn in diesem Falle hat sich der Unfall bei der bestimmungsfähigen Benutzung einer Betriebseinrichtung, also beim Betriebe ereignet, und muß somit als ein die Entschädigungspflicht der Betriebsgenossenschaft begründender Betriebsunfall anerkannt werden.

Die Rente ist stellung der Rente gemäß § 65 U.-V.-G. kann nur erfolgen, wenn eine Veränderung eingetreten ist, welche zu dem Unfall in Beziehung steht und dessen Folgen betrifft. Dagegen ist es unzulässig, die Rente deshalb zu verkürzen, weil die Körperkräfte des jugendlichen Verletzen sich inzwischen weiter entwickelt und damit auch die Gebrauchsfähigkeit des verletzten Gliedes gesteigert haben.

Ein verletzter Arbeiter hatte in der schiedsgerichtlichen Instanz Bewilligung seiner Rente nach einem irrechtfächerlich niedrig angelegten Jahresarbeitsverdienst beantragt, das Schiedsgericht aber dennoch ohne besonderen Antrag die Rente nach dem von ihm im zwischen ermittelten richtigen höheren Arbeitsverdienste festgestellt.

Auf den hiergegen eingegangenen Refurs der hessischen Berufsgenossenschaft hat das Reichsversicherungsamt durch Entscheidung überkannt, daß dieses Verfahren des Schiedsgerichts der Bestimmung des § 8 Absatz 1 der Kaiserlichen Verordnung über das Verfahren vor den Schiedsgerichten vom 2. November 1885 zuwiderlaufe, wonach „innerhalb der erhobenen Ansprüche“ zu entscheiden ist.

Gleichwohl ist das angefochtene Urteil und zwar mit Rücksicht darauf bestätigt worden, daß der Kläger in der Refurantwortung diese Bestätigung, die Grundlegung des vom Schiedsgericht ermittelten höheren Jahresarbeitsverdienstes und die Verlängerung der ihm vom Schiedsgericht zugesprochenen Rente ausdrücklich beantragt hatte. In diesem Antrage war eine in sinngemäßer Anwendung der §§ 491 und 240 BGBF 2 der Bürgschaftsordnung bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung zulässige Erweiterung des Klageantrages zu erkennen.

Ein — als solcher in dem Verfahren nach den Unfallversicherungsgelehrten ungültiger — Anschlußantrag lag nicht vor, da der Kläger nicht ein Anderes oder ein Mehreres, als ihm das Schiedsgericht bereits zugestellt hatte, beansprucht hat;

Beschiedenes.

Selbsthilfe bei Unfällen. Darüber zieht die „Zeitung für Maschinenbau“ recht beachtenswerthe Winde. Sehr häufig kommen brennlich Schnitt-, Quetsch- und Brandwunden vor. Trocken derartige Verwundungen meistens leichter Art sind, so nehmen sie doch häufig gefährliche Dimensionen an, weil entweder der Betrieb zu weit von den Wohnungen der Verletzte entfernt liegt oder Dickejen, bei welchen die Verbindung eintrat, nur leichtfertig darüber dient, sie vernachlässigen oder aber auch sich nicht zu helfen wissen. Es geschieht dann nicht selten, daß bis zur Zeit, wo die Wunde endlich anfangt, starke Blutung eingetreten ist oder Blutverlust durch die Einwirkung der an solchen Wunden meist verhorbenen Luft, so daß eine starke Eiterbildung und event. auch der sogenannte kalte Brand die Folge ist. Was die Gefahr anbelangt, welche die Vernachlässigung nach sich ziehen, so ist ja bekannt, daß je starke Blutung, große Schwäche, eventuell Tod nach sich zieht, und daß die Blutverlust, ebenfalls zu rächtigen Ende, oder im günstigen Falle zu Amputation führt.

Es gilt im Allgemeinen die Regel, daß jede durch Stoß, Schnitt, Quetschung u. a. hervorgerissene Verlehung welche Art auf die Oberhaut und deren nahe liegende Blutgefäße errectet, bei einem sonst gesunden Menschen innerhalb dreier Tage trocken zu stellen und ohne Schmerzgefühl innerhalb sechs Tage zu heilen ist. Komplizierte Fälle, wie Knorpelbrüche u. c., erfordern selbstverständlich längere Zeit.

Um sich bei vor kommenden Fällen auch ohne Arzt selbst helfen zu können, ist es vor allen Dingen ein Erforderlich, geeignete Mittel zur Hand zu haben. Als solche kann folgendes betrachtet werden: Reines Glyzerin in wohlgeschlossenen Flaschen, ein Arzneigeschloß mit eingeschliffenem Glasstopfen, welches mit einer Mischung von Kollodium und zwei Volumen Prozent Glyzerin gefüllt ist, einige reine Schwämme und Leinwandstreifen, einen eisernen Blechstab von der Größe, daß Arm und Fuß darin gehobet werden kann und Eis. Man sieht, diese Mittel sind so einfacher Natur, daß sie sich allen größeren Betrieben vorfinden könnten, ohne den Posten außerordentliche Ausgaben aufzuwerden.

Für die Behandlung der Wunden wollen wir nun die notwendigsten Anleitungen geben. Mit- oder Schnittwunden werden zuerst mittels des Schwammes und Glyzerin ausgewaschen, bis die Blutung und der Schmerz nachlässt. Bei stark blutenden Wunden bindet man einen in Glyzerin getauchten Schwamm auf, den man nöthigenfalls mehrere Male wechselt. Ist die Wunde trocken, so wird nach Abnahme des Schwammes rasch das Kollodium in dünner Schicht darüber gegossen, welches sofort eine Haut bildet. Dringt noch hier und da etwas Blut hindurch, so bestreift man dasselbe mit einem Schwamm und überlegt die Stellen nochmals mit Kollodium, bis die Wunde ganz trocken ist.

Bei Quetschungen bringt man den verletzten Theil in ein Glyzerinbad, bis Blutung und Schmerz nachlassen, was bei starken Quetschungen etwa 15 Minuten erforderlich ist. Ist die Oberhaut zerissen, so zieht man ebenfalls nach dem Bade Kollodium auf. Wenn die Schnittwunde oder Quetschung über das Gesetz läuft, so darf das Gesetz nicht stark gebogen werden, um ein Zerreissen des Kollodiumhaut zu verhindern. Die vollständige Deckung der Wunde durch Kollodium ist überhaupt peinlich zu beachten und etwaige Risse der Kollodiumhaut sind durch sofortiges Übergleichen mit der Mischung sogleich wieder zu entfernen.

Bei Brandwunden ist ebenfalls die Kollodium-Glyzerinmischnung mit Vortheil anzuwenden; selbst bei Verbrennung durch Phosphor, wodurch bekanntlich die schwerhaften und gefährlichsten Brandwunden entstehen, macht man mit dieser Mischung die günstigsten Erfahrungen. Für die kleinen Betriebe, welche nur selten mit irgend welchen medizinischen Mitteln ausgerüstet werden, und in welchen Brand- und Verbrennungswunden nicht zu den Salbenheiten gehören, sei noch bemerkt, daß

das Weisse des Gies, das man über die Wunde giebt, ein vorzügliches Verbindungsmitel darstellt. Es ist ja hauptsächlich die Verbindung mit der Luft, welche den Schmerz verursacht, und irgend etwas, womit man diese vor der Wunde abschließen und dadurch Entzündung zu verhindern vermag, ist gut und sollte ohne länges Beinhalten sofort angewendet werden. Alle jene Torturen, welche in den Werkstätten angewendet werden, daß der arme Verbraucher von den Kameraden ergreift und nach der nahen Esse geführt wird, wo man den verbrannten Körperteil erst über das Feuer stellt und so dem Verletzten die grausamsten Qualen bereitet, sind durchaus zu verwerfen, umso mehr, als die angerathenen Mittel überall sofort herbeizuschaffen sind.

Ist durch Nachlässigkeit die Wunde brandig geworden, was sich dadurch ankündigt, daß die Wunde zu schwelen beginnt, besonders hellgrün schimmt, und daß die Oberhaut eine andere Farbe annimmt, wobei der Schmerz breit, breit, so ist es nötig, sofort Eisumschläge in Anwendung zu bringen, und wenn ein solches nicht vorhanden, etwas Wasser, das höchstens eine Temperatur von 6 Grad Celsius haben darf. Die Kühlung ist dann so lange hintereinander vorzunehmen, bis der Verbrundete sie nicht mehr zu ertragen vermag; dann muß man ihm eine kleine Ruhepause gönnen und wieder von Neuem die Kühlung beginnen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz Verlag) ist jüchein das 10. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Bourgeoisie-Zimmer. — Einiges über die Prostitution in Gegenwart und Zukunft. — Deconomische Taschenpielerie. Eine Böhmisches Kuriose von J. H. Die Zukunft und die Kunst. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Heileton. — Die Lessing-Legende. Eine Retung. Von Franz Mehring.

Das in Lieferungen erscheinende reich illustrierte Werk: „Der Mensch und seine Nassen“, von Dr. A. Langkauel (Stuttgart; Verlag von J. H. W. Dietz), liegt nunmehr mit dem 20. Heft komplett vor XIV. und 64 Seiten gr. Octav. Broschiert M. 4,- gebunden M. 5,50.

Briefkasten.

Stralsund, M. Uns sind weitere Berichte als die veröffentlichten von Stralsund nicht angegangen.

Elberfeld, W. Wir ersuchen Sie, beim Schreiben Ihrer Berichte einen mindestens 5 cm breiten Rand zur Anbringung von Korrekturen frei zu lassen.

Berlin, S. Bericht für viele Nummern zu spät eingetroffen. Das Gewünschte werden wir Ihnen, soweit es noch vorhanden, zuenden. Beste Grüße!

Frankehausen (Ahnhäuser), G. Bericht folgt

in nächster Nummer.

Pervenitz, B. Uns ist in Thüringen eine Fabrik,

die derartige Sachen anfertigt, nicht bekannt; Sie werden

aber das Gewünschte in jeder größeren Glaswaren-

handlung bekommen können.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sitz Hamburg.

Nachstehende Zahlstellen haben bis dato beim Vorstand über die Auszahlung der Reiseunterstützung berichtet und angegeben, von wem und zu welcher Zeit dieselbe gezahlt wird.

Siebenter Nachtrag zu der in Nr. 44 d. B. veröffentlichten Liste, betreffend Reiseunterstützung.

Steglich, W. Werner, Friedenau, Ringstraße 33; Abends von 6-8 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Wilhelmshaven, A. Biegenheim, Domkirchstraße 5, Bremen. A. Drave, Eiser Chaussee 59; Abends von 6-8 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr.

Tilsit, A. Walka, Tilsit, Mittags von 12-1 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr.

Volksorganisation Großehain, Zigarrenengeschäft F. Geyer u. Co., Meisterstraße.

Als verloren sind angemeldet:

Die Mitgliedsbücher, lautend auf A. Schwarzer, Nr. 2985; Fried. Müller, Nr. 20250.

Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Einzelmitglieder, an deren Aufenthaltsort keine Zahlstelle besteht, haben sich bei der Hauptstelle anzumelden. Bei der Anmeldung ist die Buch-Nummer, genane Adresse, wo und wie weit die Beiträge bezahlt sind, anzugeben. Die Anmeldung des „Grundstein“ erfolgt nicht, wenn diese Mitglieder über sechs Wochen Beitrag restieren und um Sündung nicht nachgefragt haben. Mitglieder, welche während des Sommers außerhalb in einer Zahlstelle sich aufzuhalten, haben, falls in ihrem Winteraufenthaltsort eine Zahlstelle besteht, sich in dieser anzumelden und ihre Beiträge zu entrichten. Der Vorstand.

Z. A.: A. Dammann, Vorstand.

Anzeigen.

Aufforderung.

Die Mitglieder der Zahlstelle Grevenmühle werden ersucht, in der am 7. Februar stattfindenden Versammlung, der Neuwahl der Verwaltungbeamten wegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Bevollmächtigte: F. Boldt.

Zentral-Baukasse der Maurer, Steinbauer, Gipsen (Weißbinder) und Staffatene Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“. (Eingeschriebene Zahlstelle Nr. 7. Sitz Altona.)

In der Woche vom 17. bis 23. Januar sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Ebstadt M. 20, Stammheim 80, Gosen 80, Sunima M. 180.

Büchse erhielten: die örtliche Verwaltung in Charlottenburg M. 300, Berlin 2200, Steinbauer 100, Celle 80, Breslau 500, Görlitz 50, Stuttgart 300, Altmarburg 100, Rostock 300, Straßburg i. E. 100, Frankfurt a. M. 100, Worms 50, Halle 4, S. 300, Weissenfels 75, Hannover 300, Schwerin 60, Briesel 70, Mainz 1000, Hainstadt 150, Leipzig-Reudnitz 200, Braunschweig 400, Bielefeld 200, Bremen 600, Tilsit 100, Minden i. W. 150, Dresden 200, Freiburg i. B. 150, Rathenow 150, Hamburg 500, Quedlinburg 200, Altenburg 100, Niederbreisig 60, Plauen i. Vogtl. 80, Osterberg 80, Arnstadt 50, Eisen 180, Altenbergen 200, Münster 200, Köln a. Rh. 200, Gütersloh 150, Eichen 150, Leibnitz 100, Altona 300, Herford 100, Sunima M. 1075.

Altona, den 23. Januar 1892

C. Reis, Hauptkassier, Friedrichsbadestraße Nr. 28.

Achtung!

Diejenigen Kollegen, welche am Sonnabend vor Weihnachten plötzlich von dem Maurermeister Medderien in Nienburg a. W. aus der Arbeit entlassen worden sind, bitten wir, sofort ihre Adressen einzusenden, da ein weiterer Termin auf den 10. Februar anberaumt ist und der Maurermeister eine Eidstestung verlangt. Die Zahlstellenverwaltung zu Nienburg a. W. [M. 1,50] J. A. Hansel.

Achtung! Niedorf! Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Niedorf.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 2. Febr., Abds. 7½ Uhr, bei Herrn Kummer, Berlinerstr. 136.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung.
2. Abrechnung vom zweiten Quartal 1891.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

[M. 2,40]

Der Bevollmächtigte. Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Gaarden.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 4. Febr., Abds. 8 Uhr:

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

N.B. Die restirenden Mitglieder werden erachtet, ihren Bezuglichungen nachzukommen, widergenfalls die weitere Ausstellung des „Grundstein“ an sie unterbleibt. [M. 2,10]

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Bremen.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 3. Febr., Abds. 5 Uhr:

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

[M. 1,80]

Der Bevollmächtigte. Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Minden i. W.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, den 6. Februar,

Nachmittags 4½ Uhr,

bei Herrn Wissel, Mitterstraße.

Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1891 und Neuwahl sämtlicher Verwaltungbeamten.

Um zahlreiches Erscheinen bitte.

[M. 2,10] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Bozen.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 7. Februar, Mittags 12 Uhr,

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

Wahl der Zahlstellenverwaltung.

Um zahlreiches Erscheinen erachtet

[M. 1,80] Der Bevollmächtigte.

Unterstützungsverein der Maurer im Westen Berlins.

Die Mitgliederversammlung findet nicht am Montag, den 1., sondern am Montag, 8. Februar,

Abends 8½ Uhr, im „Königshof“, Böttowstr. 87, mit folgender Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiche Beteiligung bitte.

[M. 2,10] Der Vorstand.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Aufsäzung
unsere

Neue Gesamt-Ausgabe:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften

in 40—50 Heften à 3 Bogen zum Preise von 20 Pf. pro Hest.

Herausgegeben
im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen
Partei Deutschlands
von Eduard Bernstein, London.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.

Die deutsche Revolution; Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Von Wih. Blos. Nach illustriert. Erscheint in 22 Heften à 20 Pg. Probeheft siegt jeder Kolporteur. J. A. W. Diez Verlag, Stuttgart.

Großer Wiener Maskenball

am Donnerstag, den 11. Februar 1892,
im „Böhmisches Brauhaus“ Landsberger Allee 11—13,

arrangiert von der

Zahlstelle Berlin I (Pützer) des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands e.c.

Aufgang 8½ Uhr. — Ende ? ? ?

Um 11½ Uhr: Der berühmte türkische Oberfall von Ahanas & Co. in der Türkei
und — del' Andere sage ich nich!

Bleibt hierzu sind bei den Mitgliedern der Volksverwaltung, sowie bei folgenden Herren zu haben:
H. Gräfke, Lübbeneck, 26. H. Gräfke, Stechante, 38. L. Umanowitsch, Adlerstr. 57. G. Arndt, Landsberger Platz 1. F. Kühring, Solmitz 31. J. Lürke, Dresdenreite 130. H. Thielke, Schönberg, Markt 2.
Bei Bedarf an Mietengardeo ist Genosse Paunkun, Kronenstr. 178. 2. Et. zu empfehlen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Elberfeld.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 7. Febr., Nachmittags 3 Uhr,
im Hotel „Zinne“.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung.

2. Vortrag: Der Mensch, ein Stade der Maschine.

3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, der Wichtigkeit der Tagesordnung halber zu erscheinen.

[M. 2,25] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
und verwandten Berufsgenossen.

Zahlstelle Holtenau.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 7. Febr., Nachmittags 4 Uhr,
im Hotel „Zinne“.

Tages-Ordnung:

1. Regelung der Beiträge.

2. Wahl der Zahlstellenverwaltung.

3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.

[M. 2,10] Der Bevollmächtigte.

Quittungsmarken

(Kantonsstempel)

sowie alle Druckarbeiten für Vereine
und Rassen
empfiehlt in anerkannt vorzüglicher Ausführung.

Conrad Müller, Schkeuditz Leipzig,
Preislisten gratis und freunds.

Abonnement-Quittung.

Für das vierte Quartal 1891:

Chemnitz, P. M. 5,14 Reh.; Hamburg, T. 9,80;
Elster 0.—70; D. 2,80.

Für das erste Quartal 1892:

Ottendorf, P. M. 2,40; Giebichenstein, E. 1,40;
Seehausen, P. 2,80.



Elberfeld, Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gerbracht, Bleichstr. 14.

Wurzen, Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schramm, Gotthardsstraße 44.

Essen a. d. Ruhr, Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat bei Wwe. Krab, Steelerthor.

Gutin, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Herchenbach, Berciusstraße 11.

Grevesmühle, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Wismarstraße 100.

Glückstadt, Jeden zweiten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Minz, Am Markt.

Görlitz, Donnerstag, den 4. Februar, Abends 7 Uhr, in der Reichshalle, Berlinerstraße.

Gelsenkirchen, Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Herchenbach, Berciusstraße 11.

Grevenschlebusch, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Wismarstraße 100.

Gütersloh, Jeden ersten Sonntag im Monat.

Halberstadt, Mittwoch, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, bei Herrn Vollmann, Bakenstraße 63.

Hamburg, Jeden Donnerstag, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Wöhle, früher „Tätge's Etablissement“.

Hannover, Dienstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im „Vaffhof“.

Hersford, Sonnabend, den 6. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Wwe. Oberhaus, Rennestraße.

Hirschberg (Schl.), Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends 6 Uhr, bei Herrn Schrey, Schwarzenbach 18.

Kiel, Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“.

Laage, Jeden letzten Sonntag im Monat.

Lauenburg (Elbe), Sonntag, den 31. Januar.

Liegnitz, Sonnabend, den 13. Februar, im „Gasthof

„Zu den drei Bergen“, Haynauerstr. 7, Abends 8 Uhr.

Luckenwalde, Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, Nachm. 3½ Uhr, bei Herrn Dobbler, Busekt. 33.

Lübeck, Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, „Berliner Hof“, Günhausen.

Mainz, Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, im Volks-Weisse Möhnen, Hauptgasse.

Meldorf, Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat bei Herrn Karsten.

Minden i. W., Jeden Samstag, Abends 5 Uhr, bei Herrn Wissner, Mitterstr. 16.

Münster a. d. Ruhr, Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Lebeschoff.

Nienburg/W. B., Jeden leichten Sonntag im Monat.

Nienburg/W. B., Jeden Sonntag nach dem 15. im Monat.

Nienburg/W. B., Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schepel.

Nordhausen, Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat.

Nachmittags 4½ Uhr, bei Herrn Brower.

Nordhausen, Sonnabend, den 13. Februar.

Rosenthalerhütte, Jeden ersten Sonntag im Monat.

Nürnberg, Samstag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, in der Bräuer'schen Birthschaft.

Overhausen-Styrum, Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Abends 6 Uhr, bei Herrn H. Königs in Alstaden.

Offenbach, Jeden Dienstag, Abends 8½ Uhr, in der Restauration P. Eisenmenger, Herrenstraße 46.

Pforzheim, Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Volks-„Zur Eintracht“ Reinhäuserstraße 12.

Pinnwitz, Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn Baumgärtel, Nachmittags 4 Uhr.

Posen, Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal.

Pretzsch, Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 7 Uhr, bei Herrn Koller, Kirchenste.

Reudnitz, Jeden ersten Sonnabend im Monat bei Herrn Nebel, Herrenstraße 11.

Nidvorst, Jeden Dienstag nach dem ersten im Monat, bei Herrn Kummer, Berlinerstraße 186, Abends 8½ Uhr.

Rostock i. W., Mittwoch, den 10. Februar, bei Herrn Brandt, Breitungenweg 10, Abends 8 Uhr.

Roskow, Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat, Städtisch.

Schönlinde, Jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thefmann.

Stellingen-Langesfelde, Jeden Dienstag nach dem ersten im Monat, bei Herrn Thiesen in Stellingen, Abends 8½ Uhr.

Stendal, Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 Uhr, bei Herrn Taus.

Stralsund, Jeden Montag nach dem 1. und jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat.

Stuttgart, Sonntag, den 31. Januar, Morgens 10 Uhr, in der „Gloste“, Leonhardsplatz.

Ueteren, Jeden ersten Sonnabend im Monat, bei Herrn Taus.

Wandsbek, Dienstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schleier, Büdenerstr. 55.

Waren, Jeden ersten Sonntag im Monat, bei Herrn Heimüller.

Warin, Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.

Wilhelmsburg, Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 2 Uhr, bei Herrn Gerdt.

Zarrentin, Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 2½ Uhr, bei Herrn Gastwirt Ehlers.

Direkt: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.